

Ing. Schlüsselberger Daniela

Unbundling in der Elektrizitätswirtschaft

Die Berichtserstattung in der Praxis

eingereicht als

DIPLOMARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTEWEIDA (FH)

---

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Betriebswirtschaftslehre

Graz, 2015

Erstprüfer: Prof., Diplom-Kaufmann, Dr.rer.pol. Andreas  
Hollidt

Zweitprüfer: Prof. Dr. rer. oec. Johannes N. Stelling

vorgelegte Arbeit wurde verteidigt am: 05. Juni 2015

## **Bibliografische Beschreibung**

Daniela Schlüsselberger: Unbundling in der Elektrizitätswirtschaft – Die Berichtserstattung in der Praxis. – 2015. – 51 S.

Graz, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Rechnungswesen, Diplomarbeit 2015

## **Kurzreferat**

Ziel dieser Diplomarbeit ist es, die praktische Rechnungslegung in der Energiewirtschaft abzubilden und zu hinterfragen. Gerade im Zuge des Unbundlingprozesses und den daraus resultierenden Veränderungen ist es immer schwieriger, Unternehmen in der Energiewirtschaft einer Bilanzanalyse zu unterziehen und in den direkten Vergleich mit anderen Unternehmen der Branche zu setzen. Um dies ein wenig zu erleichtern, werden vorweg die geschichtlichen Hintergründe, ebenso die technischen Aspekte des Unbundling erörtert. Nach einem kurzen Exkurs in die Geschichte des liberalisierten Strommarktes sowie zu den Hintergründen des Unbundling, liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit auf der Berichtserstattung in der Praxis inklusive einer kritischen Betrachtung dieser. Abschließend findet der Leser dieser Arbeit ein Praxisbeispiel, welche auszugsweise detaillierter erörtert wird.

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	V
Abbildungsverzeichnis.....	VI
1 Einleitung .....	1
2 Besonderheiten der Elektrizitätswirtschaft .....	2
2.1 Geschichtliche Vergangenheit.....	2
2.2 Technische Aspekte.....	4
3 Die Liberalisierung des Strommarktes .....	4
3.1 Definition .....	5
3.2 Unbundling.....	5
3.2.1 Unterschied horizontale/ vertikale Konzernstruktur.....	6
3.3 Arten des Unbundling.....	7
3.3.1 Rechtliche Entflechtung.....	7
3.3.2 Buchhalterische Entflechtung .....	7
3.3.3 Organisatorische Entflechtung .....	7
3.3.4 Informatorische Entflechtung.....	8
3.4 Unbundling in der Praxis .....	8
3.4.1 Der unabhängige Netzbetreiber .....	9
3.4.2 Der unabhängige Übertragungsnetzbetreiber.....	10
4 Berichtserstattung in der Praxis.....	11
4.1 Vorgaben an die Rechnungslegung .....	13
4.2 Bericht des Vorstands .....	14
4.3 Bericht des Aufsichtsrats.....	15
4.4 Risiko- und Finanzbericht.....	15
4.5 Bestätigungsvermerk .....	16
4.6 Geldflussrechnung .....	17
4.7 Entwicklung des Eigenkapitals .....	18
4.8 Gesamtergebnisrechnung .....	18
4.9 Gewinn- und Verlustrechnung .....	19
4.10 Bilanz .....	20
4.11 Jahresabschluss .....	21
4.12 Lagebericht vom Konzern sowie einzelnen Geschäftsbereichen .....	22
4.13 Corporate Governance Bericht.....	24
4.14 Anhang .....	27
5 Kritik an der Berichtserstattung .....	27
5.1 Bilanzpolitik.....	28

5.2	Bilanzanalyse.....	34
5.3	Musterabschluss nach IFRS.....	36
6	Praxisbeispiel Energie Steiermark AG.....	38
6.1	Firmenstruktur und Beteiligungen.....	38
6.2	Konzernbericht.....	39
6.3	Konzernabschluss.....	41
6.4	Handelsrechtlicher Einzelabschluss .....	43
6.5	Die GuV enthüllt ein Millionengrab .....	46
6.6	Kritische Betrachtung .....	49
7	Zusammenfassung.....	50
	Literaturverzeichnis .....	VII
	Erklärung zur selbstständigen Anfertigung .....	IX

## Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
Abs	Absatz
ca.	circa
Co KG	Compagnie Kommanditgesellschaft
EIWOOG	Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz
EstG	Einkommenssteuergesetz
EU	Europäische Union
ggf	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWG	Gaswirtschaftsgesetz
IAS	International Accounting Standard
IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee
IFRS	International Financial Reporting Standards
ITO	Independent Transmission Operator
kW	Kilowatt
Mio	Million
ROE	Return on Equity
SIC	Standing Interpretations Committee
T	Tausend
u.a.	unter anderem
UGB	Unternehmensgesetzbuch
usw	und so weiter
z.B.	zum Beispiel

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Entflechtungskonforme Konzernstruktur .....	6
Abbildung 2 Umfang der Berichtserstattung .....	12
Abbildung 3 Konto- bzw. Staffelform .....	20
Abbildung 4 Beispiel Bilanz .....	21
Abbildung 5 Regelkategorien .....	26
Abbildung 6 Bilanzpolitische Instrumente .....	29
Abbildung 7 Mindestansatz Herstellungskosten .....	31
Abbildung 8 Herstellkosten laut EStG.....	32
Abbildung 9 Risikomanagementprozess.....	40
Abbildung 10 Konzern Gewinn-und Verlustrechnung .....	42
Abbildung 11 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen .....	47

## 1 Einleitung

Jahresabschlüsse sind aus der heutigen Wirtschaftswelt nicht wegzudenken. Sie stellen mit all ihren Informationen die Basis für eine Unternehmensbeurteilungen bzw. Unternehmensbewertung dar. „Nichts geschieht ohne Risiko, aber ohne Risiko geschieht auch nichts.“ Getroffen wurde diese Aussage vom deutschen Bundespräsidenten Walter Schell (\*1919). Trotz dem Fortschreiten der Zeit, hat sie an Aktualität nichts verloren. Doch wie kann man bei der Bewertung eines Unternehmens die Risiken eine Fehleinschätzung minimieren? Welche Kennzahlen haben welche Aussagekraft und welche wurden im Zuge von legalen bilanzpolitischen Maßnahmen verschönt? Die Wichtigkeit von Unternehmensbewertungen wurde unlängst von der Wirtschafts- und Finanzkrise aufgezeigt. Fehleinschätzungen und die mitgebrachten Risiken waren u. a. Mitauslöser. Doch kann man nicht einfach diese Fehleinschätzungen auf die mangelhafte Berichtserstattung zurückführen. In den letzten Jahren hat sich diese stetig verbessert bzw. an Umfang zugelegt. Internationale Standards ermöglichen den globalen Vergleich mit anderen. Jedoch hat diese Informationsflut auch ihre Nachteile. Viele Kennzahlen, geschmückt mit blumigen Wörtern, verpackt in Tabellen und ergänzt um den mehr oder minder sonnigen Ausblick in die Zukunft des Unternehmens. Oftmals wird eine Bilanzanalyse zum Hürdenlauf. Gerade mit dem schrittweisen Unbundling und seinen resultierenden Veränderungen in den Unternehmensstrukturen wird das Lesen des Jahresabschlusses zum Erlebnis. Durch die Übergangsfristen wird auch die Vergleichbarkeit mit gleichwertigen Unternehmen der Branche erschwert. Auch geben die legalen Möglichkeiten der Bilanzpolitik genügend Spielraum. Die Frage die sich dem Leser eines Jahresabschlusses immer stellt ist, ob sich diese und wenn ja wie sich diese Einflüsse auf den Abschluss und vor allem auf den Unternehmenserfolg auswirken.

Inhaltlich hat diese Diplomarbeit die Aufgabe ein wenig Licht ins Dunkel der Berichtserstattung in der Elektrizitätswirtschaft zu bringen. Dafür wird einleitend ein wenig technisches Hintergrundwissen vermittelt um den Unbundlingprozess greifbarer zu gestalten. Das Produkt Strom, welches in der Energiewirtschaft einer der Hauptrolle übernimmt, ist auf Grund seiner physikalischen Eigenschaf-

ten, nicht mit herkömmlichen Produkten vergleichbar und somit unterscheidet sich auch die Berichtserstattung ein wenig. Um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, kann natürlich nicht auf jeden Teilaspekt ausführlich eingegangen werden. Exemplarisch wird jedoch der Eine oder Andere herausgehoben und genauer erörtert.

Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Berichtserstattung in der Praxis und dem dazugehörigen Beispiel welches stellvertretend für Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft steht. Exemplarisch wird eine Kennzahl der Gewinn- und Verlustrechnung genauer erörtert und begründet. Ein kritischer Blick auf die Berichtserstattung sowie ein Ausflug in die Welt der Bilanzpolitik soll das Themengebiet abrunden.

## **2 Besonderheiten der Elektrizitätswirtschaft**

Betrachtet man das Produkt Strom als handelbare Ware, treten schnell die Besonderheiten dieses Produktes in den Vordergrund. Strom ist nur begrenzt speicherbar. Somit muss zu jedem Zeitpunkt der Erzeugung, die gleiche Menge wieder verbraucht werden um nicht das Leitungsnetz zu überlasten. Auch die Leitungsgebundenheit beeinflusst die Rahmenbedingungen. Erzeugung, Übertragung und Vertrieb müssen exakt zusammenspielen, um dem Endkunden den Konsum von elektrischer Energie zu ermöglichen.

### **2.1 Geschichtliche Vergangenheit in Österreich**

Im Jahre 1873 wurde in einem Industriebetrieb der Familie Krupp erstmals eine Gleichstrommaschine, mit einer Leistung von lediglich 10kW in Betrieb genommen. Nur 5 Jahre darauf ging das erste dampfgetriebenes Elektrizitätswerk, erfunden von Thomas Alva Edison, in Betrieb. Im Zuge einer Ausstellung im Jahre 1884 in Steyer wurde zum ersten Mal eine Straßenbeleuchtung in Betrieb genommen. Versorgt wurde diese vom ersten Wasserkraftwerk der Welt. Schon im Jahr 1886 wurde in Scheibbs die erste ständige Straßenbeleuchtung instal-



liert. Gespeist wurde die Straßenbeleuchtung erstmals von einem Laufwasserkraftwerk das nur der öffentlichen Stromerzeugung diene. Dies gilt als Geburtsstunde der öffentlichen Stromerzeugung in Österreich.

Während der Monarchie war die Erzeugung und Übertragung von Elektrizität ein freies Gewerbe, reglementiert in der Gewerbeordnung 1859. Konzessioniert durch die Landesbehörden wurden erst Jahrzehnte später. Immer schon wurden dabei die lokalen Verhältnisse berücksichtigt. Sämtliche, damals geltende Vorschriften, sind mit den heutigen kaum vergleichbar, da die Elektrizität nur einem sehr kleinen Kreis zugänglich war. Das öffentliche Interesse daran stieg aber stetig an. Somit kristallisierten sich zwei Unternehmensziele heraus. Die Gewinnerzielungsabsicht, vermehrt in den Ballungszentren, stand den öffentlichen Anstalten gegenüber. Diese verfolgten das Prinzip der bloßen Kostendeckung. Aufgrund der Leitungsgebundenheit der Ware Strom, entstand sehr bald die Notwendigkeit, öffentlichen Gemeindegrund für den Leitungsausbau in Anspruch zu nehmen. Als rechtliches Instrument dienten Konzessionsverträge. Diese räumten den Gemeinden beziehungsweise den privaten Unternehmen das Nutzungsrecht von Straßen und Wegen ein. Monopolstellungen entstanden. Dabei wurde das übergeordnete Interesse bei der Preisbildung berücksichtigt. Die Verordnung des Energiewirtschaftsgesetzes 1939 wurde ins Leben gerufen, später wurde das deutsche Gesetz zur Einführung der Energiewirtschaft von 1935 in Österreich gültig.

Das Ende des zweiten Weltkrieges, genauer gesagt der Wiederaufbau stellte die Stromversorgung vor neuen Herausforderungen. Die durch die reichsdeutschen Verhältnisse entstandene Verbundwirtschaft musste neu strukturiert werden. Diese hatte das Bestreben alle vorhandenen Kraftwerke sowie die Übertragungsanlagen wirtschaftlich zu nutzen. In großen Wirtschaftsräumen wurden die Versorgungssysteme zusammengeschlossen. Die Reservehaltung der einzelnen Kraftwerke und Leitungsnetze konnten somit minimiert werden.<sup>1</sup>

Des Weiteren mussten diese, sofern sie während der Besetzung gebaut wurden, Eigentümer zugewiesen werden. Somit war eine komplette Neuorganisation der Elektrizitätswirtschaft notwendig. Die politischen Kräfte erkannten die

---

<sup>1</sup> Vgl. Flosdorff & Hilgarth (2008), S. 339.

volkswirtschaftliche Bedeutung. Der Aufbau der Infrastruktur, welche große Aufwendungen mit sich bringen, würde nur durch die öffentliche Hand möglich sein. Unter der Prämisse, dass jedem Bürger eine gesicherte und vor allem kostengünstige Stromversorgung zur Verfügung gestellt werden soll, würde die Elektrizitätsversorgung an öffentliche Institutionen übertragen. Die Rechtliche Grundlage hierfür bildete das 2. Verstaatlichungsgesetz über die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft 1947.

## 2.2 Technische Aspekte

Betrachtet man elektrische Energie als Produkt, fällt einem sofort auf, dass es wesentlicher stärker von der Nachfrage abhängig ist, als andere Produkte. Grund hierfür sind die physikalischen Eigenschaften. Elektrische Energie ist unter anderem nicht speicherbar. Um die Netze nicht zu überlasten, muss die Produktion also zeitgleich dem Verbrauch angepasst werden. Die Spannung sowie die Frequenz eines Netzes müssen hierfür konstant bleiben, lediglich geringfügige Abweichungen sind tolerierbar. Bei größeren Abweichungen von der vorgegebenen Spannungs-, beziehungsweise Frequenzebenen kann es zu einem Zusammenbruch des Netzes und daraus resultierenden großflächigen Stromausfällen führen.

Einen weiteren Aspekt stellt die Tatsache dar, dass elektrische Energie nicht richtungsgesteuert werden kann. Es ist somit nicht möglich, eine bestimmte Menge an elektrischer Energie von einem definierten Punkt zu einem anderen zu leiten. Der Stromfluss richtet sich dabei immer nach physikalischen Grundgesetzen. Eine genaue Zuordnung von den erzeugten Mengen zu einem bestimmten Verbraucher ist daher nicht möglich.<sup>2</sup>

## 3 Die Liberalisierung des Strommarktes

---

<sup>2</sup> Vgl. Weingartner (2002), S.18.

Am 18. August 1998 wurden nach langem politischem Ringen, jene Bundesgesetze verlautbart, welche die neuen rechtlichen Grundlagen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft bilden.

### 3.1 Definition

Seit dem 1. Oktober 2011 ist der österreichische Strommarkt vollständig liberalisiert. Dies hatte zur Folge, dass seitdem der Strommarkt den Regeln des freien Wettbewerbes unterliegt. Das Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz 1998 (EIWOG) bildet die Grundlage dafür. Dem Kunden wird somit die Möglichkeit der freien Lieferantenwahl geboten. Dies war bis zu damaligen Zeitpunkt nicht möglich. Die Begründung hierfür liegt in der produktspezifischen Eigenschaft der Ware Strom.

### 3.2 Unbundling

Unbundling ist eine Folgeerscheinung der Markliberalisierung. Darunter versteht man die Entflechtung bzw. das Entbündeln der Unternehmensfunktionen

- ❖ Erzeugung
- ❖ Stromhandel
- ❖ Übertragung
- ❖ Verteilung.

Es beinhaltet den Grundgedanken der Gleichstellung aller Teilnehmer im liberalisierten Elektrizitätsmarkt. Vier Hauptziele werden hierbei verfolgt. Die Vermeidung von

- ❖ Intransparenz
- ❖ Wettbewerbsverzerrung
- ❖ Quersubventionierung
- ❖ Diskriminierung.

Unterschiedlichste Arten des Unbundling stehen hierfür zur Verfügung.<sup>3</sup>

Da keinerlei Beteiligungen der Netzgesellschaft an den übrigen Bereichen vorhanden sein dürfen, können die Unternehmen als Schwestergesellschaften unter einer gemeinsamen Holdinggesellschaft angesiedelt werden. Es ergibt sich daraus eine Konzernstruktur wie in Abbildung 1 Entflechtungskonforme Konzernstruktur ersichtlich.

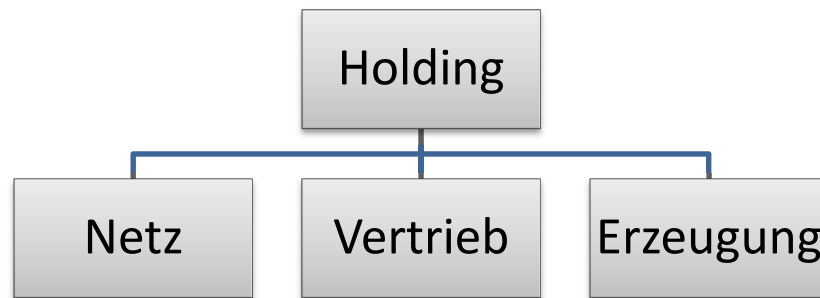


Abbildung 1 Entflechtungskonforme Konzernstruktur

### 3.2.1 Unterschied horizontale/ vertikale Konzernstruktur

Wenn man von einem horizontalen Konzern spricht, versteht man darunter, dass sich die einzelnen Unternehmensteile auf gleicher Ebene befinden. Im Gegensatz dazu gibt es bei den vertikalen Konzernstrukturen eine hierarchische Ordnung. Meist sitzt an der Spitze der Mutterkonzern, darunter seine Tochtergesellschaften mit all ihren untergeordneten Unternehmungen.

Durch die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes und das schrittweise Unbundling, mussten alle horizontal integrierten Unternehmen ihre Konzernstrukturen anpassen da die Gesetzeslage vertikale Hierarchien vorsieht. Ein vertikal integriertes Elektrizitätsunternehmen definiert sich laut EIWOG § 7 abs. 78 wie folgt. „Ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen, in der dieselbe Person berechtigt ist, direkt oder indirekt Kontrolle auszuüben, wobei das betreffende Unternehmen bzw. die betreffende Gruppe mindestens eine der

---

<sup>3</sup> Energie -Control (2014).

Funktionen Übertragung oder Verteilung und mindestens eine der Funktionen Erzeugung von oder Versorgung mit Elektrizität wahrnimmt.“<sup>4</sup>

### 3.3 Arten des Unbundling

In den weiteren Betrachtungen wird von Gesellschaftsformen ausgegangen, welche nicht der de- Minimis- Regelung<sup>5</sup> unterstellt sind.

#### 3.3.1 Rechtliche Entflechtung

Hierfür muss eine eigene Netzgesellschaft gegründet werden. Alternativ dazu, kann auch, getrennt von den Bereichen Erzeugung bzw. Vertrieb auch der Netzbetrieb in eine existierende Gesellschaft eingegliedert werden.

#### 3.3.2 Buchhalterische Entflechtung

Hierfür muss das Unternehmen alle energiewirtschaftlichen Bereiche getrennt ausweisen. Im Anhang zum Jahresabschluss müssen sämtliche Regeln den separaten geführten Konten zugewiesen werden. Falls Geschäfte mit verbundenen, assoziierten Unternehmen oder Unternehmen mit denselben Aktionären getätigt worden sind, müssen diese ebenfalls aufgewiesen werden. Diese erzwungene Transparenz soll die Basis für die nachvollziehbare Berechnung der Netzentgelte bilden.

#### 3.3.3 Organisatorische Entflechtung

---

<sup>4</sup> Österreichs Energie (2013) § 7 Abs78.

<sup>5</sup> Die de- Minimis- Regelung besagt, dass Gesellschaften welche einen Grenzwert unterschreiten, nicht dem Unbundling unterliegen da ihr Wert zu geringfügig ist.

Die organisatorische soll die rechtliche bzw. buchhalterische Entflechtung ergänzen. Hauptziel ist die strikte Ausgliederung der Netzaktivitäten. Die physikalische sowie die geographische Trennung sind hierfür nahezu unumgänglich. Unterstrichen wird diese Unabhängigkeit der Netzgesellschaft meist durch eine eigene Corporate Identity.

#### **3.3.4 Informatrische Entflechtung**

Hierbei geht es primär um die Vertraulichkeit von Daten. Der ausgegliederte Netzbetrieb muss auch vom internen Informationsfluss ausgegliedert werden. Dies Ziel auf die Vermeidung von Quersubventionierungen und Diskriminierung des freien Netzbetriebes ab. Um die Weitergabe solche Daten somit auszuschließen, werden u.a. sogenannte Chinese Walls eingerichtet. Das bedeutet, dass unabhängig davon ob der Informationsinhalt wirtschaftlichen, technischen oder rechtlich Charakter hat, sicherzustellen ist, dass keinerlei Informationen zwischen dem ausgegliederten Bereich eines Unternehmens und den Stammbereichen ausgetauscht werden, welche Vorteile für einen Teilbereich bringen würden. Somit muss im Unbundlingprozess das Kommunikationsmanagement dementsprechend umstrukturiert werden. Ein Beispiel hierfür stellt die Weitergabe von Messwerten bzw. Lastprofilen dar. Würde der Netzbetrieb diese Daten an den Netzvertrieb weitergeben, könnte dieser damit einem Neukunden maßgeschneiderte Angebote darbieten. Somit hätte dieser gegenüber dem konkurrierenden Netzbetreiber einen Wettbewerbsvorteil.

### **3.4 Unbundling in der Praxis**

Als man anfangs die buchhalterische Entflechtung einführte ging man davon aus, dass diese genügen würde. Vertikal integrierte Unternehmen nutzten jedoch ihre nach wie vor guten Kontakte zum eigenen Netz als Informationsquelle. Dies führte zur Behinderung anderer Marktteilnehmer. Der Endkunde wurde teilweise auf sehr dubiose Weise unter Druck gesetzt. Unter

anderem wurden Listen Unternehmensintern weitergegeben, welche eine Auflistung der Kunden darstellt, die den Netzbetreiber wechselten. Diese wurden kontaktiert und ihnen wurde mitgeteilt, dass ein Wechsel des Lieferanten zur Folge haben könnte, dass die Versorgungsleitung, welche ja durch das Gebietsmonopol den Unternehmen zugeordnet war, eventuell Störanfälliger werden könnte. Der genaue Zeitpunkt der Wartung war hierfür ein beliebtes Argument. Auch bei den Industriekunden war keine freie Marktwirtschaft realisierbar da für neue Anbieter, von vertikal integrierten Unternehmen, zusätzliche Markteintrittsbarrieren geschaffen wurden.

Resultierend daraus, wurde die Richtlinie angepasst und um die rechtliche Entflechtung bzw. den regulierten Netzzugang erweitert. Aber auch diese Maßnahme wurde von den Unternehmen umgangen. Meist wurde lediglich eine GmbH für den Betrieb des Leitungsnetzes gegründet. Somit behielt das Mutterunternehmen das Leitungsnetz und verpachtete es lediglich an das Tochterunternehmen. Die eigentumsrechtliche Entflechtung wurde folglich angedacht. Diese sieht die Aufgabe des Eigentums am Leitungsnetz vor. Mit dem 2009 verabschiedeten dritten Energiebinnenmarktpaket wurden jedoch auch andere Varianten eingeführt, welche keine Eigentumsrechtliche Entflechtung verlangen.

#### **3.4.1 Der unabhängige Netzbetreiber**

Für den Independent System Operator, kurz ISO gilt, dass das Netz zwar im Eigentum des vertikal integrierten Unternehmens verbleibt, aber von einem unabhängigen Netzbetreiber betrieben wird, den der Eigentümer vorschlagen kann. Der Eigentümer muss betreffend der Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeiten sein, welche nicht mit der Übertragung zusammenhängen. Dies muss durch Erfüllung der vorgegebenen Mindestkriterien (z. B. durch Aufstellung eines Gleichbehandlungsprogramms) sichergestellt sein. Der unabhängige Netzbetreiber muss außerdem nachzuweisen, dass nicht dieselben Personen, die über sein Unternehmen Kontrolle oder Rechte ausüben oder Mitglieder des Auf-

sichtsorgans oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe sind, zugleich eine oder mehrere dieser Funktionen für ein Unternehmen, das Erzeugung oder Versorgung wahrnimmt, ausüben. Er hat nachzuweisen, dass er über die erforderlichen Ressourcen verfügt und ist verpflichtet, den zehnjährigen Netzentwicklungsplan umzusetzen. Der Eigentümer ist unter anderem verpflichtet, den unabhängigen Netzbetreiber zu unterstützen, die genehmigten Investitionen zu finanzieren, die Haftungsrisiken im Zusammenhang mit den Netzvermögenswerten abzusichern und Garantien, die zur Erleichterung der Finanzierung eines etwaigen Netzausbaus erforderlich sind, zu stellen.<sup>6</sup>

### **3.4.2 Der unabhängige Übertragungsnetzbetreiber**

Für den Independent Transmission Operator, abgekürzt ITO gilt das dieser Eigentümer des Netzes sowie der Vermögenswerte, die für die Geschäftstätigkeit erforderlich sind, sein muss Weder Personal noch Dienstleistungen dürfen von anderen Teilen des vertikal integrierten Unternehmens zur Verfügung gestellt werden; es muss eine Verwechslung mit dem vertikal integrierten Unternehmen und Teilen davon in Bezug auf Unternehmensidentität, Kommunikation, Markenpolitik und Geschäftsräume ausgeschlossen sein; es ist keine gemeinsame Nutzung von IT-Systemen, Liegenschaften oder Zugangskontrollsystemen erlaubt; er muss wirksame, unabhängig vom vertikal integrierten Unternehmen ausübbar, Entscheidungsbefugnisse haben sowie die Befugnis haben, Geld auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen; sämtliche kommerziellen und finanziellen Vereinbarungen mit dem vertikal integrierten Unternehmen sind der Regulierungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen; Führungskräfte und Mitglieder der Verwaltungsorgane dürfen in den letzten drei Jahren vor ihrer Ernennung weder berufliche noch sonstige Beziehungen zum vertikal integrierten Unternehmen unterhalten haben; Führungskräfte, Mitglieder der Verwaltungsorgane und Mitarbeiter dürfen nicht berufliche oder sonstige Beziehungen zum vertikal integrierten Unternehmen unterhalten; er hat ein Gleichbehandlungsprogramm aufzustellen und durchzuführen und einen Gleichbehandlungsbeauftragten zu

---

<sup>6</sup> Amtsblatt L211/55 der Europäischen Union (2009).



ernennen, der mit genau umrissenen Aufgaben betraut ist; er legt der Regulierungsbehörde einen zehnjährigen Netzentwicklungsplan vor; wurde eine Investition, die gemäß diesem Netzentwicklungsplan in den folgenden drei Jahren durchgeführt werden musste, nicht durchgeführt, so stehen der Regulierungsbehörde Durchsetzungsmaßnahmen zur Verfügung etc.

ITO plus: Muss eine wirksamere Unabhängigkeit als nach den Bestimmungen des ITO gewährleisten.

- Zertifizierung von Übertragungsnetzbetreibern
- Stärkere Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Übertragungsnetzbetreibern
- Stärkung des Netzausbaus
- Mehr Befugnisse für die Regulierungsbehörden
- Stärkung der Verbraucherrechte.<sup>7</sup>

## **4 Berichtserstattung in der Praxis**

Die Berichtserstattung richtet sich an unterschiedlichste Adressaten. Auf der einen Seite stehen Aktionäre und Gläubiger, andererseits hat auch die Öffentlichkeit vermehrt Interesse gezeigt, sobald eine bestimmte Unternehmensgröße überschritten wurde.<sup>8</sup>

Unter Einhaltung der gesetzlichen Sperrfristen, wird zu Anfang des Geschäftsjahres der Geschäftsbericht veröffentlicht. Die Vorgaben hierfür befinden sich im § 244 Abs. I des UGB und lauten wie folgt. Unternehmen unter der einheitlichen Leitung einer Kapitalgesellschaft (Mutterunternehmen) mit Sitz im Inland und gehört dem Mutterunternehmen eine Beteiligung gemäß § 228 an dem oder den anderen unter der einheitlichen Leitung stehenden Unternehmen (Tochterunternehmen), so haben die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen

---

<sup>7</sup> Amtsblatt L211/55 der Europäischen Union (2009).

<sup>8</sup> Vgl. Coenenberg, Haller & Schultze (2014), S. 33ff.

sowie dem Aufsichtsrat und der Hauptversammlung (Generalversammlung) des Mutterunternehmens innerhalb der für die Vorlage des Jahresabschlusses geltenden Fristen vorzulegen. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind von sämtlichen gesetzlichen Vertretern zu unterzeichnen und der Hauptversammlung zusammen mit dem Jahresabschluss des Mutterunternehmens vorzulegen.

Je nach Unternehmensgröße, wie in der Tabelle Abbildung 2 Umfang der Berichtserstattungsersichtlich, enthält dieser unterschiedliche Bestandteile. Auszugweise werden folgend die gängigsten genannt.

Unternehmensgröße	Umfang der Berichtserstattung
Große Aktiengesellschaft	Bilanz GuV Anhang Lagebericht Bericht des Aufsichtsrates Gewinnverwendungsbeschluss Prüfungsbericht
Mittlere Aktiengesellschaft	wird wie große AG behandelt, Ausnahme: verkürzte Bilanz bzw. Anhang
Kleine Aktiengesellschaft	Bilanz Anhang ohne Angaben zur GuV Gewinnverwendungsbeschluss

Abbildung 2 Umfang der Berichtserstattung

Ein Konzern definiert sich dadurch, dass an seiner Spitze ein Mutterunternehmen steht. Diesem unterstellt ist ein Verbund rechtlich selbständiger Unternehmen. Durch Mehrheitsbeteiligungen an diesen, über das Mutterunternehmen maßgeblich wirtschaftlichen Einfluss auf die Tochterunternehmen aus.<sup>9</sup>

Ungeachtet der Tatsache, dass die Anzahl der Tochterunternehmen in die Hunderte gehen kann, hat jedes zusätzlich zum Konzernabschluss einen eigenen Einzelabschluss zu erstellen. Zusammengefasst werden diese im

<sup>9</sup> Vgl. Wöhe & Döring (2012), S. 872.

Konzernabschluss. Dies dient als Erleichterung bei der Gesamtbewertung der wirtschaftlichen Situation eines Konzerns.<sup>10</sup>

#### 4.1 Vorgaben an die Rechnungslegung

Im zweiten Teil des EIWOG werden in § 8 (1) unter anderem die Grundlagen für die Rechnungslegung wie folgt geregelt. Elektrizitätsunternehmen haben, ungeachtet ihrer Eigentumsverhältnisse und ihrer Rechtsform, Jahresabschlüsse zu erstellen, diese von einem Abschlussprüfer überprüfen zu lassen und, soweit sie hierzu nach den Bestimmungen des Rechnungslegungsgesetzes verpflichtet sind, zu veröffentlichen. Die Prüfung der Jahresabschlüsse hat sich auch auf die Untersuchung zu beziehen, ob die Verpflichtung zur Vermeidung von missbräuchlichen Quersubventionen gemäß Abs. 2 eingehalten wird. Die Erstellung, die Prüfung sowie die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse haben nach den Bestimmungen des Rechnungslegungsgesetzes zu erfolgen. Elektrizitätsunternehmen, die zur Veröffentlichung ihrer Jahresabschlüsse gesetzlich nicht verpflichtet sind, haben am Sitz des Unternehmens eine Ausfertigung des Jahresabschlusses zur Verfügung der Öffentlichkeit zu halten. Weiterführend regelt Absatz zwei, dass der Netzbetreiber Quersubventionen zu unterlassen hat. Zur Vermeidung von Diskriminierung, Quersubventionen und Wettbewerbsverzerrungen sind Elektrizitätsunternehmen daher verpflichtet, im Rahmen ihrer internen Buchführung

1. eigene Konten im Rahmen von getrennten Rechnungskreisen für ihre
  - a) Erzeugungs-, Stromhandels- und Versorgungstätigkeiten,
  - b) Übertragungstätigkeiten,
  - c) Verteilungstätigkeiten und
  - d) sonstigen Tätigkeiten zu führen;

---

<sup>10</sup> Vgl. Wöhe & Döring (2012), S. 707.

2. die Bilanzen und Ergebnisrechnungen der einzelnen Elektrizitätsbereiche sowie deren Zuweisungsregeln entsprechend Abs. 3 zu veröffentlichen;
3. konsolidierte Konten für ihre Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitätsbereiches zu führen und eine Bilanz sowie eine Ergebnisrechnung entsprechend Abs. 1 zu veröffentlichen.

Die interne Buchführung hat für jede Tätigkeit eine Bilanz sowie eine Ergebnisrechnung zu enthalten. Weiter sind in der internen Buchhaltung - unbeschadet der handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Vorschriften - jene Regeln, einschließlich der Abschreibungsregeln, anzugeben, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge den gemäß Z 1 getrennt geführten Rechnungskreisen zugewiesen werden. Änderungen dieser Regeln sind nur in Ausnahmefällen zulässig. Diese Änderungen müssen erwähnt und ordnungsgemäß begründet werden. Einnahmen aus dem Eigentum am Übertragungs- bzw. Verteilernetz sind in den Konten gesondert auszuweisen. Im Anhang zum Jahresabschluss sind Geschäfte, deren Leistung, Entgelt oder sonstiger wirtschaftlicher Vorteil einen Wert von einer Million Euro übersteigt und die mit verbundenen Elektrizitätsunternehmen (§ 7 Abs. 1 Z 72) getätigt worden sind, gesondert aufzuführen. Besteht der Geschäftsgegenstand aus mehreren Teilen, für die jeweils ein gesondertes Geschäft abgeschlossen wird, so muss bei der Errechnung des Schwellenwertes der Wert eines jeden Teilgeschäftes berücksichtigt werden.

#### 4.2 Bericht des Vorstands

Dieser Teil stellt meist die Einleitung zum Jahresabschluss da. Der Vorstand hat sich hiermit eine Plattform geschaffen, um sich an die interessierten Leser – zumeist werde diese durch die Aktionäre dargestellt – zu wenden. Hauptsächlich wird ein Resümee gezogen, das Marktumfeld analysiert, etwaige Probleme dargestellt, sowie vorweg das Ergebnis in kurzen Worten angerissen. Inhaltlich ist den einleitenden Worten jedoch wenig zu entnehmen, lediglich ein paar Kennzahlen werden aufgefasst. Primär aber steht die Kernbotschaft des Unternehmensleitsatzes im Mittelpunkt. Zusammenfassend kann man feststellen,

dass eine meist recht blumige Ausdrucksweise gewählt wird, jedoch mit wenig aussagekräftigem Inhalt.

#### 4.3 Bericht des Aufsichtsrats

Meist richtet sich auch der Aufsichtsrat ebenfalls an den interessierten Leser. Ebenfalls wird in einem Resümee die Vergangenheit wiedergespiegelt, die jetzige Lage dargestellt und immer wieder auf Erfolge hingewiesen. Wie auch in den meisten Berichten des Vorstandes, sind auch hier lobende Worte an die Mitarbeiter gerichtet zu finden. Details über die Aufsichtsratssitzungen werden preisgegeben. Ebenso ist dem Bericht die Neubestellung der Vorstandsmitglieder beziehungsweise die Änderungen im Aufsichtsrat und seinem Präsidium zu entnehmen. Dankende Worte an die Kunden, Partner und Aktionäre für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bilden meist den Abschluss.

#### 4.4 Risiko- und Finanzbericht

Das Risikomanagement und der dazugehörige Bericht ist meist ein wesentlicher Teil des Konzerngeschäftsberichtes. Inhaltlich befasst es sich mit der Bewertung von Chancen und Risiken und vor allem dessen Umfang. Meist ist ein Ausblick ins nächste Geschäftsjahr inkludiert.

Der Finanzbericht ist seit 2007 verpflichtend und gibt Auskunft über Art und Ausmaß der Risiken der Finanzinstrumente. Er gibt Aufschluss darüber, welchen Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiken der Konzern ausgesetzt ist. Der Umgang mit diesem Finanzrisiko ist ebenfalls Bestandteil. Die Bilanzskandale aus der Vergangenheit hatten unmittelbare Folgen für die Berichtserstattung. Eine Erhöhung der Transparenz sowie der Qualität zur besseren Vergleichbarkeit wurde angestrebt sowie die geltenden Standards ausgebaut und verschärft.

## 4.5 Bestätigungsvermerk

Im Bestätigungsvermerk ist das Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer ersichtlich. Abhängig vom Ausgang der Prüfung, kann dieser eingeschränkt oder uneingeschränkt sein. Im Falle einer gravierenden Einwandes oder im Falle, dass der Prüfer nicht in der Lage ist ein Urteil abzugeben, muss ein Versagensvermerk erteilt werden.<sup>11</sup>

Prüfungsstandards hierfür werden vom Unternehmensgesetzbuch, der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und dem Institut österreichischer Wirtschaftsprüfer definiert. Prüfungsinhalte sind die Einhaltung der maßgeblichen Gesetzte, Vorgaben des Gesellschaftsvertrages bzw. der Satzung. Der Lagebericht wird auf seine inhaltliche Richtigkeit überprüft. Somit wird auch überprüft, ob das dort wiedergespiegelte Unternehmensbild dem tatsächlichen entspricht. Somit dient der Bestätigungsvermerk primär als Unternehmensunabhängige Bestätigung der vorliegenden Daten, um den externen Adressaten das Fällen von wirtschaftlichen Entscheidungen, auf Basis der Daten des Geschäftsberichtes, zu ermöglichen. Es ist notwendig, dass eine bestimmte Unabhängigkeit des Prüfers gegenüber dem Unternehmen besteht. Eine gleichzeitige Beratungstätigkeit durch die Gleiche Person kann die geistige Unabhängigkeit negativ beeinflussen. Geregelt ist dies in § 271 des UGB.

Sofern kein Einwand seitens des Abschlussprüfers vorliegt, wird ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Einschränkungen sowie die Erteilung eines Versagensvermerks sind ebenfalls möglich. In jedem Fall, muss eine Begründung vorliegen. Ebenfalls im Bestätigungsvermerk sind Hinweise, sofern nötig, zu finden. Diese können zum Beispiel vor eventuellen Risiken betreffend dem Fortbestand des Unternehmens warnen.

Immer wieder wird im Falle einer vermuteten fehlerhaften Berichtserstattung, die Arbeit des Abschlussprüfers kritisch betrachtet. Ein häufig auffallender Punkt ist hierbei der Zeitliche Ablauf, erkennbar an der Datierung des Testates, des Jahresabschlusses sowie der Vollständigkeitserklärung. Explizit ist dies nicht im Gesetz vorgeschrieben. Lediglich für den Bestätigungsvermerk gilt,

---

<sup>11</sup> Vgl. Coenenberg, Haller & Schultze (2014), S. 968.

dass laut § 274 Abs. 6 UGB vom Abschlussprüfer unter Angabe von Ort und Tag zu unterzeichnen ist. Fachmeinungen zu Folge, sollte jedoch nicht der Tag maßgeblich sein, an dem die Unterschrift getätigt worden ist, sondern der Tag an welchem die Prüfung abgeschlossen ist. Beispielweise hierfür wäre der Tag der Schlussbesprechung mit den gesetzlichen Vertretern. Demzufolge kann es kalendarisch nicht vor dem Datum der Vollständigkeitserklärung liegen.<sup>12</sup>

#### 4.6 Geldflussrechnung

Die Geldflussrechnung dient als Information über die Mittelherkunft sowie die Mittelverwendung. Daraus ersichtlich sind somit alle liquiden Mittel und die Ursachen ihren Veränderungen. Betrachtet man hierfür als Beispiel den operativen Geschäftsbereich der VERBUND AG, beruht dieser auf den Ergebnissen der Erfolgsrechnung sowie der Berücksichtigung des Nettoumlaufvermögens. Der Investitionsbereich spiegelt die Verbindung mit dem Anlagevermögen der Bilanz wieder. Hierfür wird der Geldfluss von Investitionen (finanzielles, materielles oder immaterielles Anlagevermögen) und Desinvestitionen (Erlöse bzw. Geldzufluss aus dem Verkauf von Anlagevermögen) dargestellt. Der Finanzierungsbereich ist verknüpft mit der Kapitaleseite der Bilanz. Die Außenfinanzierung in Form von Kreditfinanzierung (die Aufnahme von Fremdkapital) sowie die Beteiligungsfinanzierung (Aufnahme von Eigenkapital) wird der Desfinanzierung in Form von Rückzahlungen von Fremd- und Eigenkapital beziehungsweise von Gewinnausschüttung gegenübergestellt.<sup>13</sup>

Durch die Aufspaltung in die Bereiche der operativen Tätigkeiten, den Investitionen sowie den Finanzierungen ist die Liquidität der einzelnen Teilbereiche ersichtlich. Auffällig hierbei ist, dass der Cashflow aus operativen Tätigkeiten als einziger ein positives Vorzeichen besitzt. Dies gibt dem Leser des Jahresberichtes schon einen kleinen Hinweis darauf, welche Teilbereiche der VERBUND AG einen wichtigen Beitrag zur Erreichung eines positiven Konzernabschlusses beitragen.

---

<sup>12</sup> Vgl. Nowotny (2013), S. 32.

<sup>13</sup> Vgl. Baumann (2011), S. 135.

#### 4.7 Entwicklung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital setzt sich üblicherweise aus dem gezeichneten Kapital, Kapitalrücklagen des Mutterunternehmens und dem erwirtschafteten, noch nicht ausgeschütteten Kapital zusammen. Veränderungen vom Eigenkapital vor und nach einem Bilanzstichtag spiegeln die Zu- oder Abnahme des Nettovermögens wider. Ausschlaggebender Faktor dafür kann das erwirtschaftete Gesamtergebnis sein. Auch Kapitaltransaktionen mit den Eigentümern oder Rechnungslegungsänderungen können zu einer Veränderung des Eigenkapitals führen.

Obwohl für die Ermittlung des Eigenkapitals laut IFRS von einer Fortführung ausgegangen wird, kann man dennoch keine Rückschlüsse vom Eigenkapital auf den Unternehmenswert ziehen. Durch eigens geschaffene Firmenwerte entstehen oftmals Unterschiede da diese in der Unternehmensbewertung zwar berücksichtigt werden könne, aber in der Rechnungslegung keine aktivierbaren Vermögenwerte darstellen.

Selten kommt es zu Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Dies entsteht z.B. durch eine Veröffentlichung eines neuen Standards der eine Interpretation fordert. Auch kann es, selten aber doch, zu einer Korrektur von Fehlern kommen. Diese müssen jedoch schwerwiegend sein und verursachen immer ein erhöhtes Aufmerksamkeitspotenzial des Lesers. In jedem Fall müssen Anpassungen retrospektiv vorgenommen werden. Dies bedeutet die rückwirkende Anpassung der Abschlüsse um eine Vergleichbarkeit mit vergangenen Jahren zu ermöglichen.

#### 4.8 Gesamtergebnisrechnung

Diese ist seit dem Jahr 2009 verpflichtend aufzustellen. Sie gibt Einblick über die Geschäftserfolge zwischen zwei Stichtagen. Um das Gesamtergebnis zu erhalten, wird zum Jahresergebnis aus der Gewinn- und Verlustrechnung noch



das „sonstige Ergebnis“ addiert. Dazu zählen Aufwendungen und Erträge die je nach Rechnungslegungsstandards dazugerechnet werden, oder dort verbucht werden müssen. Die Gesamtergebnisrechnung ist jedoch eine Veränderungsrechnung und bezieht sich nur auf einen Teil der Eigenkapitalveränderung, nämlich auf das Nettovermögen welches während der Periode erwirtschaftet wurde.

Beeinflusst wird das Ergebnis durch die Bewertung von Aktiva und Passiva der Konzernbilanz. Grundlage hierfür sind allerdings Annahmen die beispielsweise der Zeitwert von Beteiligungen, die Wahrscheinlichkeit eines Vergleichs, etc. Um dem Leser die Möglichkeit der Einschätzung der daraus resultierenden Unsicherheiten zu geben, müssen im Anhang die einzelnen Vermögenswerte und Schulden samt ihrer Bewertungsmaßstäbe angegeben werden.

#### 4.9 Gewinn- und Verlustrechnung

Sie bildet den Grundstein bei der Ermittlung der Ertragslage. Ausgehend von den Umsatzerlösen werden die diversen Aufwendungen den neutralen Erträgen gegenübergestellt. Daraus resultiert der Jahresüberschuss oder auch ein Jahresfehlbetrag.<sup>14</sup>

Im Gegensatz zur Bilanz, welche den Vermögenwert eines Unternehmens zu einem bestimmten Zeitpunkt angibt, zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung den Periodenerfolg. Laut § 200 des UGB müssen in der Gewinn- und Verlustrechnung die Erträge und Aufwendungen unter Bedachtnahme auf die Grundsätze des § 195 aufgliedert werden. Der Jahresüberschuss (Jahresfehlbetrag) und der Bilanzgewinn (Bilanzverlust) sind gesondert auszuweisen. Zusammen mit der Bilanz erhält man einen guten Überblick betreffend des Gesamtzustandes sowie den Unternehmenserfolg. Wie in Abbildung 3 Konto- bzw. Staffelform ersichtlich, gibt es zwei Ausweisungsformen, wobei letztere die größere Aussagekraft besitzt und für Kapitalgesellschaften auch laut §231 UGB vorgeschrieben ist. Ebenso ist dort

---

<sup>14</sup> Vgl. Gräfer, Schneider & Gerenkamp (2012), S. 30.

das Wahlrecht zwischen Gesamtkostenverfahren und Umsatzkostenverfahren festgehalten.

Kontoform		Staffelform
Soll	Haben	Umsatzerlöse
Aufwand	Ertrag	+ / - betriebl. Aufwendungen
Gewinn	Verlust	= Betriebserfolg (EBIT)
		- Aufwand Zinsen
		Ergebnis gewöhl.
		= Geschäftstätigkeit
		+ / - außerordl. Ereignis
		- Steuern
		= Jahresergebnis

Abbildung 3 Konto- bzw. Staffelform

Beim Gesamtkostenverfahren werden, bereinigt um die Bestandsveränderungen, die gesamt Kosten des vergangenen Jahres, den Umsätzen gegenübergestellt. Beim Umsatzkostenverfahren wiederum, werden die Umsatzerlöse lediglich den Kosten gegenübergestellt welche für die verkauften Waren entstanden sind. Bei international tätigen Unternehmen findet meist das Umsatzkostenverfahren Anwendung.

#### 4.10 Bilanz

In ihr werden alle Vermögenswerte des Konzerns zum Bilanzstichtag wiedergegeben. Wichtig ist hierbei die Frage nach den Bewertungsgrundlagen. Grundsätzlich basiert diese auf dem Fortführungswert, natürlich unter der Annahme, dass das Unternehmen in seiner jetzigen Konstellation bestehen bleibt. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit wird der Liquidationswert der Vermögenswerte bzw. Schulden herangezogen. Naturgemäß liegt dieser deutlich unter dem Fortführungswert. Dieser basiert auf den historischen Herstellungs- bzw.

Anschaffungskosten. Amortisationen, Wertberichtigungen und Abschreibungen müssen hierfür berücksichtigt werden.<sup>15</sup>

Auf der Aktivseite werden kurz- beziehungsweise langfristige Vermögenswerte ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über das Eigenkapital und die Verschuldung. Ein Beispiel für eine gängige Bilanz ist in der folgenden Abbildung 4 Beispiel Bilanz zu finden.

Bilanz zum 31.12.XX	
Aktiva	Passiva
<b>Anlagevermögen</b>	<b>Eigenkapital</b>
Sachanlagen	
Finanzanlagen	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>Fremdkapital</b>
Vorräte	Verbindlichkeiten Kreditinstitut
Forderungen	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
Kassenbestand,	
Guthaben Kreditinstitut	

Abbildung 4 Beispiel Bilanz<sup>16</sup>

Um die Bilanz auch richtig lesen zu können, besser gesagt um sie verstehen zu können, ist es unumgänglich, den Anhang des Geschäftsberichtes zu studieren bzw. ebenfalls die übrigen Teile des Konzernabschlusses. Einen wesentlichen Teil der Bilanz, bilden die Finanzinstrumente. Hierzu gehören laut IFRS Verbindlichkeiten und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Wertpapiere, Darlehen, Minderheitsbeteiligungen, Darlehen sowie derivative Finanzinstrumente.

#### 4.11 Jahresabschluss

Grundsätzlich stellt dieser die wirtschaftliche Lage des Mutterunternehmens dar. Er beinhaltet noch sämtliche Verbindungen zwischen dem Mutterunter-

<sup>15</sup> Vgl. Wöhe & Döring (2012), S. 168ff.

<sup>16</sup> Vgl. Wöhe & Döring (2012), S. 710.

nehmen mit ihren Tochterunternehmungen. Abhängig ist dies von der Intensität der Beziehung zueinander.<sup>17</sup>

Auch sind hier die Anteile sowie die Dividendenzahlungen bzw. Zinserträge ersichtlich. Will man jedoch tiefere Einblicke in die Vermögens- und Ertragslage eines Unternehmens erhalten, ist der Konzernabschluss der einzelnen Unternehmungen heranzuziehen.

Inhaltlich muss der Jahresabschluss aus der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung bestehen und hat laut § 193 des UGB den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu entsprechen. Er ist klar und übersichtlich aufzustellen. Er hat dem „Unternehmer“ ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln. Des Weiteren ist er „in „Euro“ und in deutscher Sprache unbeschadet der volksgruppenrechtlichen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung aufzustellen. Festgelegt wird dies in § 193 ABs IV des UGB. Unternehmen, welche börsenorientiert sind, sind dazu verpflichtet für das Mutterunternehmen einen Einzelabschluss laut UGB sowie einen Konzernabschluss laut IFRS zu erstellen. Dieser beinhaltet die Konzernbilanz, Konzerngesamtergebnisrechnung, die Konzernkapitalflussrechnung, den Konzernanhang und die Entwicklung des Konzerneigenkapitals. Ein zwingender Zusatz laut UGB ist der Konzernlagebericht.

#### 4.12 Lagebericht vom Konzern sowie einzelnen Geschäftsbereichen

Für den Lagebericht gelten laut § 243 des UGB folgende umfassende Rahmenbedingungen. Es sind der Geschäftsverlauf, einschließlich des Geschäftsergebnisses, und die Lage des Unternehmens so darzustellen, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt wird, und die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, zu beschreiben.

Der Lagebericht hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit angemessene Analyse des Geschäftsver-

---

<sup>17</sup> Vgl. Gräfer, Schneider & Gerenkamp (2012), S. 115.

laufs, einschließlich des Geschäftsergebnisses, und der Lage des Unternehmens zu enthalten. Abhängig von der Größe des Unternehmens und von der Komplexität des Geschäftsbetriebs hat die Analyse auf die für die jeweilige Geschäftstätigkeit wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren einzugehen und sie unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern.

Der Vorheriges Lagebericht hat auch einzugehen auf

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten sind;
2. die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens;
3. den Bereich Forschung und Entwicklung;
4. bestehende Zweigniederlassungen der Gesellschaft;
5. die Verwendung von Finanzinstrumenten, sofern dies für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Bedeutung ist; dies falls sind anzugeben
  - die Risikomanagementziele und -methoden, einschließlich der Methoden zur Absicherung aller wichtigen Arten geplanter Transaktionen, die im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften angewandt werden, und
  - bestehende Preisänderungs-, Ausfall-, Liquiditäts- und Cashflow-Risiken.

Kleine Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 221 Abs. 1) brauchen den Lagebericht nicht aufzustellen. Für große Kapitalgesellschaften umfasst die Analyse nach Abs. 2 letzter Satz auch die wichtigsten nicht finanziellen Leistungsindikatoren, einschließlich Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange. Abs. 3 bleibt unberührt.

Der Konzernjahresbericht muss die einzelnen Berichte der Geschäftsbereiche getrennt ausweisen. Im Falle der VERBUND AG umfasst dies Strom, Netz und diverse Beteiligungen. Hierbei liegt der Fokus eindeutig auf dem Kernbereich der Stromerzeugung wobei die hier die Stromerzeugung aus umweltfreundlicher Wasserkraft in den Vordergrund gedrängt wird. Ergänzend hinzugefügt werden auch die regenerativen Energieformen wie Windkraft beziehungsweise Strom-

erzeugung durch Photovoltaikanlagen. Eher am Rande wird angemerkt, dass die bestehenden Gas-Komikraftwerke als „Brückentechnologie“ eingesetzt werden. „VERBUND strebt auf allen Wertschöpfungsstufen der elektrischen Energie nach ökonomischer und ökologischer Exzellenz und schafft dadurch Mehrwert für Kunden und Stakeholder“<sup>18</sup> Die Gestaltungsweise des Jahresberichtes mit dieser Fokussierung soll dieses Firmenleitbild unterstreichen.

Der Stromhandel sowie der Vertrieb bilden einen weiteren Schwerpunkt in der Berichtserstattung. Die Strompreisentwicklung und die daraus resultierende Marktsituation treten in den Fokus.

Abschließend wird dem Bericht noch der Ausblick zum Segment beigefügt. Die folgenschweren Ereignisse in Fukushima vom März 2011 und die dadurch entstandene Schlüsselrolle der Pumpspeicherkraftwerke bei der Energiewende in Europa wird hier besonders betont. So stellt man hier die „grünen Batterien der Alpen“ gerne als einzig ökologische Maßnahme zur Strombereitstellung bei Lastschwankungen der Wind- und Wärmenergieträger dar. Am Rande sei hier nur bemerkt, dass die im Jahre 2011 prognostizierten Lastschwankungen – verursacht durch die Tageszeiteinspezifischen Produktionsschwankungen von Windkraft und Photovoltaikanlagen – bis dato noch nicht eingetreten sind. Zukünftige Projekte und ihr momentaner Status runden den Ausblick ab.

#### 4.13 Corporate Governance Bericht

Um den vorgegebenen Umfang dieser Diplomarbeit nicht zu überschreiten, wird stellvertretend für alle anderen Themenbereiche in diesem Kapitel der Corporate Governance Bericht und sein Hintergründe näher erläutert.

Eine Aktiengesellschaft welche den Kriterien des § 243b entspricht, hat einen Corporate Governance-Bericht aufzustellen, der zumindest die folgenden Angaben enthält:

---

<sup>18</sup> Vgl. VERBUND AG (2014), 24.07.2014, 14:59Uhr.

1. die Nennung eines in Österreich oder am jeweiligen Börsenplatz allgemein anerkannten Corporate Governance-Kodex;
2. die Angabe, wo dieser öffentlich zugänglich ist;
3. soweit sie von diesem abweicht, eine Erklärung, in welchen Punkten und aus welchen Gründen diese Abweichung erfolgt;
4. wenn sie beschließt, keinem Kodex im Sinn der Z 1 zu entsprechen, eine Begründung hierfür.

In diesem Bericht sind anzugeben:

1. die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse;
2. welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen (§ 80 AktG) der Gesellschaft gesetzt wurden;
3. die Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder (§ 239 Abs. 1 Z 4 lit. a) und die Grundsätze der Vergütungspolitik.

Der Corporate Governance-Kodex stellt für österreichische Aktiengesellschaften einen Ordnungsrahmen zur Verfügung der die Überwachung und Leitung eines Unternehmens zum Inhalt hat. Der Kodex orientiert sich hierbei an den üblichen internationalen Standards, Regelungen des österreichischen Aktienrechts sowie einschlägigen EU-Empfehlungen. Wie in Abbildung 5 Regelkategorien ersichtlich, beinhaltet er drei Kategorien um den Einhaltungsgang für die diversen Unternehmen und Gesellschaften festzusetzen.

Regelkategorie	Grad der Einhaltung
Legal Requirement (L)	Zwingende Rechtsvorschrift
Comply or Explain (C)	Regel sollte eingehalten werden, Abweichung lediglich begründet werden

Recommendation (R)	Regel mit Empfehlungscharakter
--------------------	--------------------------------

Abbildung 5 Regelkategorien

Inhaltlich befasst er sich mit folgenden Punkten.

- ❖ Aktionäre und Hauptversammlung
- ❖ Zusammenwirken von Aufsichtsrat und Vorstand
- ❖ Vorstand: Kompetenzen und Verantwortungen sowie dessen Vergütung, Regeln für Interessenskonflikte und Eigengeschäfte
- ❖ Aufsichtsrat: Bestellung des Vorstands, Kompetenzen und Verantwortungen sowie dessen Vergütung, Regeln für Interessenskonflikte und Eigengeschäfte; Qualifikation, Zusammensetzung und Unabhängigkeit, Mitbestimmung
- ❖ Transparenz und Prüfung
- ❖ Rechnungslegung und Publizität
- ❖ Investor Relations
- ❖ Abschlussprüfung
- ❖ div. Anhänge

In den Anhängen ist unter andere die Richtlinie für den Corporate Governance Bericht zu finden. Diese gleichen jenen laut UGB § 243b und sind lediglich um die Berichtserstattung der externen Evaluierung erweitert. ebenfalls findet man im Anhang eine Leitlinie betreffend der Unabhängigkeit des Vorstands, die Zeichnung eigener Aktien, die Rückgewähr der Einlagen, der Gewinnbeteiligung der Aktionäre, der Satzungsänderungen, Beschluss der Bezugsrechte, den Erwerb eigener Aktien sowie eine Kurzübersicht über das österreichische Aktienrecht.<sup>19</sup>

Oftmals wird für nicht börsennotierte Unternehmen ebenfalls ein Unternehmensinterner Kodex aufgesetzt. Anzufinden ist dies auch im Praxisbeispiel Energie Steiermark AG dieser Diplomarbeit. Erstellt wird dieser meist in Anlehnung an den Österreichischen Corporate Governance Kodex. Geschmälert wird dieser um die speziellen Regeln welche nur auf börsennotierte Gesellschaften

<sup>19</sup> Vgl. Österreichischer Arbeitskreis für Corporate Governance (2012).



zutreffen. Gleiches gilt für die Regelkategorie Legal Requirement. Anstelle dieser tritt die Regel Comply or Explain.

#### 4.14 Anhang

Im Anhang befinden sich die einzelnen Posten des Konzernabschlusses, Rechnungslegungsgrundsätze, die Abgrenzungen der Konsolidierungskreise, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und allfällige, wichtige Zusatzinformationen. Bei den Rechnungslegungsgrundsätzen unterscheidet man zwischen denen des Unternehmensgesetzbuches, Standards nach IFRS oder US-GAAP. Die Grundsätze der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind grundsätzlich über Jahre hinweg stetig zu halten und werden nur in Ausnahmefällen geändert.

## 5 Kritik an der Berichtserstattung

Eine kritische Betrachtung sollte jeder Leser einer Bilanz vornehmen. Traue nie einer Bilanz, die du nicht selber aufgestellt hast. Der Gesetzgeber lässt nämlich selbst im Rahmen einer Bewertung genügend Spielräume um ein Unternehmen Kennzahlen ein wenig optisch zumindest in die gewünschte Richtung zu rücken. Untermalt wird dies mit großen Worten, meist dankend und lobend an das Umfeld gerichtet. Unternehmensleitbildern wie aus dem Lehrbuch werden in den Fokus gerückt. Soziale Kompetenzen und die offenen Kommunikationskultur begleitet von wunderschönen Landschaftsbildern mit glücklichen Menschen umrahmen gerne die Geschäftsberichte. Mit beeindruckender verbaler Gewandtheit wird immer wieder betont, wie sich politische und wirtschaftliche Krisen auf der ganzen Welt negativ auf das vergangene Wirtschaftsjahr ausgewirkt haben. Dabei wird nicht mit Werbung in eigener Sache gespart. Beinahe jedes Unternehmen rühmt sich mit dem neuen Modebegriff „grün sein“. Nachhaltigkeit ist wie in vielen anderen Branchen ein gern genutzter Aufhänger. Ökologisch, umweltschonend, Innovativ, Ressourcenschonend.

Die Liste dieser Schlagwörter lässt sich bis nahezu ins unendliche Fortsetzen, immer begleitet von Bildern wie man sie sonst nur aus Heimatfilmen kennt. Es entsteht meist der Eindruck, dass der einzige Sinn diverser Unternehmen jener ist, die Umwelt für unsere Nachfahren zu erhalten.

Selten findet man strategische Ausrichtungen für die Zukunft oder gar konkrete Ansätze wie diese realisiert werden. Lediglich einige Unternehmen geben Auskunft über ihre geplanten Aktivitäten. Vielmehr wird immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Zusammenspiel aus steigenden Importpreisen von Gas und niedrigen Strompreis eine kostendeckende Stromerzeugung bei den meisten Primärenergieträgern nicht möglich macht. Der Preis für ein CO<sub>2</sub>- Zertifikat ist am Tiefststand. Der Preis für Braunkohle ebenso was auch der Grund dafür ist, wieso der aktuelle Strompreis weit unter dem langjährigen Niveau bleibt.<sup>20</sup>

Atomstromkatastrophen weltweit, Fördermaßnahmen der Nachbarländer, die Staatsschuldenkrise in Europa, der Dauerkonflikt rund um Russland. Dies sind nur einige der Argumente, wieso die Entwicklung des einen oder anderen Unternehmen teilweise weit unter den Erwartungen liegt. Von strategischen Fehlentscheidungen oder Fehleinschätzungen der energiewirtschaftlichen Entwicklung ist kein Wort zu lesen.

## 5.1 Bilanzpolitik

Maßnahmen, welche bewusst gesetzt werden um die Kennzahlen zu beeinflussen, fallen unter die Thematik der Bilanzpolitik. Diese kann progressiv, also verbessernd auf das Ergebnis, aber auch konservativ, sprich man bildet Sicherheitsreserven, ausgelegt sein.<sup>21</sup>

Fast mag der Eindruck entstehen, dass die geltenden Gesetze und Richtlinien die Freiräume für die Berichtserstattung eliminiert hätten. Doch stellen die lediglich den Rahmen dar. Legale Gestaltungsspielräume sind durchaus gegeben. Hier kommt die Bilanzpolitik in Spiel. Die illegale Bilanzpolitik wird in dieser Diplomarbeit nicht näher erläutert.

---

<sup>20</sup> Vgl. Maschler (2013), S. 27.

<sup>21</sup> Vgl. Gräfer, Schneider & Gerenkamp (2012), S. 16.

Die Bilanzpolitik kann an unterschiedlichen Punkten ansetzen. Der Jahresabschluss bildet hierfür die größtmögliche Plattform. Aber auch die Zwischenberichtserstattung sowie auch freiwillige Ergänzungen zum Geschäftsbericht, Pressekonferenzen, Aktionärsbriefe und freiwillige Analysetermine geben dem Unternehmen die Möglichkeit zur zielgesteuerten Weitergabe von Unternehmensdaten. Die grundlegenden Instrumente der Bilanzpolitik sind in Abbildung 6 Bilanzpolitische Instrumente ersichtlich.

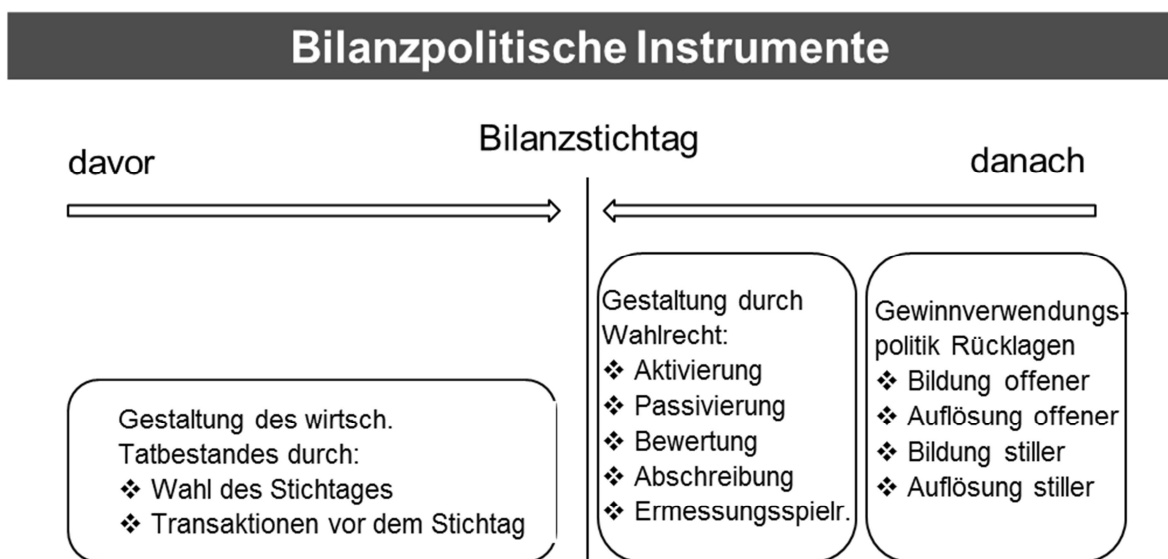


Abbildung 6 Bilanzpolitische Instrumente

Grundlegend unterscheidet man zwischen der Sachverhalts- und der Darstellungsgestaltung. Bei der Sachverhaltsdarstellung gibt es unterschiedlichste Gestaltungsmöglichkeiten. Die Wahl des Bilanzstichtages oder der Rechtsform, die Verschiebung des Realisierungszeitpunktes für Aufwands- und Ertragsvorgänge, Veräußerung von nicht betriebsnotwendigem Vermögen, der Beschluss zur Gewinnverwendung. Diese Liste kann schier endlos fortgesetzt werden. Begrenzt werden sie lediglich durch die Vorschriften der Rechnungslegung. Da sie aus dem Jahresabschluss nicht ersichtlich sind, stellen sie ein beliebtes Mittel zur Bilanzanalyse dar. Bei der Darstellungsgestaltung wird primär die Abbildung des Unternehmens beeinflusst. Wenn ein Unternehmen dazu den Jahresabschluss bzw. den Lagebericht nutzt, wird weiter in formelle und materielle Bilanzpolitik unterschieden. Bei der formellen können Ausweiswahlrechte, Erläuterungswahlrechte und Gliederungswahlrechte genutzt werden. Bei der

materiellen Bilanzpolitik kommt die Interpretation der Ermessungsspielräume zum Einsatz ebenso das Ansatz- und das Bewertungswahlrecht.<sup>22</sup>

Das Ansatzwahlrecht besteht einerseits auf der Passivseite, andererseits auf der Aktivseite der Bilanz. Die grundlegende Frage die man sich hierbei stellen sollte ist ob für zukünftige Ausgaben Rückstellungen gebildet werden sollen oder ob Ausgaben aktiviert bzw. aus Aufwand erfasst werden. Stellvertretend für diese Vielzahl der bilanzpolitischen Gestaltungsformen wird die materielle Maßnahme mittels Bewertungswahlrecht genauer erörtert.

Beim Bewertungswahlrecht sind unmittelbare Veränderungen der Vermögensdarstellung bzw. der Schuldendarstellung möglich. Ebenso wirkt es sich auf die Gewinnermittlung aus. Die Allgemeinen Grundsätze sind in § 201 des UGB wie folgt geregelt. Die Bewertung hat den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu entsprechen. Insbesondere gilt folgendes:

- ❖ Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Bewertungsmethoden sind beizubehalten.
- ❖ Bei der Bewertung ist von der Fortführung des Unternehmens auszugehen, solange dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gründe entgegenstehen.
- ❖ Die Vermögensgegenstände und Schulden sind zum Abschlussstichtag einzeln zu bewerten.
- ❖ Der Grundsatz der Vorsicht ist einzuhalten, insbesondere sind
  - nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne auszuweisen,
  - erkennbare Risiken und drohende Verluste, die in dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, zu berücksichtigen, selbst wenn die Umstände erst zwischen dem Abschlussstichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind,
  - Wertminderungen unabhängig davon zu berücksichtigen, ob das Geschäftsjahr mit einem Gewinn oder einem Verlust abschließt.

---

<sup>22</sup> Vgl. Lachnit (2004), S. 70.

- ❖ Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahrs sind unabhängig vom Zeitpunkt der entsprechenden Zahlungen im Jahresabschluss zu berücksichtigen.
- ❖ Die Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahrs muss mit der Schlussbilanz des vorhergehenden Geschäftsjahrs übereinstimmen.

Abweichungen davon sind in seltenen Ausnahmefällen erlaubt. Dies kann der Fall sein, wenn sich z.B. die Unternehmens bzw. Gesellschafterstruktur ändert oder bei Korrekturen nach Betriebsprüfungen. Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten des Wahlrechtes:

- ❖ Bei der Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.
- ❖ Bei den Abschreibungsverfahren.
- ❖ Bei unterschiedlichen Werten.

Bei den Anschaffungskosten besteht kein Wahlrecht. Diese sind laut § 203 Abs. 2 UGB auf den Anschaffungsminderpreis herabzusetzen wenn sie dem Vermögensgegenstand eindeutig zuzuordnen sind. Für Herstellungskosten wiederum hat man bei ihrer Ermittlung ein Wahlrecht bei der Einbeziehung der Gemeinkosten. Der Mindestansatz setzt sich wie in der Abbildung 7 Mindestansatz Herstellungskosten zusammen.

Fertigungsmaterial	
+ Fertigungslöhne	
+ Sonderkosten der Fertigung	
= Herstellkosten	

Abbildung 7 Mindestansatz Herstellungskosten

Die Gemeinkosten könne, müssen aber nicht, laut Unternehmensgesetzbuch, berücksichtigt werden. Anders schaut hier die Sachlage steuerrechtlich aus. Laut § 6 Z 2a EStG ergibt sich somit die Herstellkosten wie in Abbildung 8 Herstellkosten laut EStG ersichtlich.

	Fertigungsmaterial
+	Fertigungslöhne
+	Sonderkosten der Fertigung
+	Materialgemeinkosten
+	Fertigungsgemeinkosten
<hr/>	
=	Herstellkosten
<hr/>	

Abbildung 8 Herstellkosten laut EStG

Bei Aufträgen die sich über einen Zeitraum von 12 Monate hinaus erstrecken, wird mit Einschränkungen im § 206 Abs. 3 UGB das Ansetzen von Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten erlaubt.<sup>23</sup>

Somit ergibt sich eine Abweichung zwischen unternehmensrechtlichem und steuerrechtlichem Ergebnis.

Ein weiteres Wahlrecht besteht bei den Abschreibungsverfahren. Unternehmensrechtlich hat man bei der Dauer sowie der Methode keine genaueren Vorschriften. Lediglich planmäßig muss diese sein. Deshalb gibt es vielerlei Möglichkeiten. Beispielsweise progressiv, degressiv, linear oder auch nach erbrachter Leistung bei beweglichen Wirtschaftsgütern. Steuerrechtlich normiert diese der § 7 EStG und fordert darin die lineare Abschreibung. Immaterielle Vermögensgegenstände oder auch Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens dürfen bei dauernder Wertminderung laut UGB außerplanmäßig abgeschrieben werden. Bei Wegfall dieser Gründe muss eine Aufwertung samt ihrer steuerlichen Wirkung vorgenommen werden. Jedoch hat man laut § 208 UGB ein Beibehaltungswahlrecht die wie folgt lautet:

Von der Zuschreibung gemäß Abs. 1 darf abgesehen werden, wenn ein niedrigerer Wertansatz bei der steuerrechtlichen Gewinnermittlung unter der Voraussetzung beibehalten werden kann, dass er auch im Jahresabschluss beibehalten wird. Im Anhang ist der Betrag der im Geschäftsjahr aus steuerrechtlichen Gründen unterlassenen Zuschreibungen anzugeben und hinreichend zu begründen. Ferner ist das Ausmaß erheblicher künftiger steuerlicher Belastungen, die sich aus einer solchen Bewertung ergeben, anzuführen.

<sup>23</sup> Frick (2007), S. 76ff.

Ermessungsspielräume stellen eine weitere Option dar um die Unternehmens-eigene Bilanz ins rechte Licht zu rücken. In der Regel ist es dem externen Leser eine der Bilanz eher schwerer möglich, die ergebnisverbessernde oder die verschlechternde Auslegung schlüssig nachzuvollziehen. Die angesetzten Werte hängen von unzähligen Faktoren ab, welche nicht in allen Belangen objektiviert bzw. ökonomisch normiert werden können. Zukünftige Entwicklungen lassen sich nicht wirklich genau vorhersagen, dies gilt auch bei der Risikoabschätzung. Grundsätzlich stehen hierfür zwei Möglichkeiten zur Verfügung:

- ❖ Ermessungsspielraum beim Bilanzansatz
- ❖ Ermessungsspielraum bei der Bewertung

Beim Bilanzansatz gibt es mehrere Möglichkeiten. Einerseits kann man bei den Rückstellungsgründen, durch eventuell auftretende Einzelrisiken, den Wegfall bzw. den Eintritt des Rückstellungsgrunds festlegen. Eine weitere Möglichkeit stellt der Zeitpunkt der Gewinnrealisierung dar. Auch die Abgrenzung vom Herstellungs- bzw. Erhaltungsaufwand gestaltet sich schwierig. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Anlagegütern bieten sich weitere Optionen welche schon zuvor kurz beschrieben wurden. Die Bemessung von außerplanmäßigen Abschreibungen erweitert ebenfalls den Spielraum. Vergleicht man den Anschaffungswert bzw. den Buchwert, wenn es sich dabei um abnutzbares Anlagevermögen handelt, mit dem beizulegenden Wert, können sich Abweichungen ergeben da letzterer Schätzungen unterliegt. Bei der Ermittlung werden nämlich Hilfswerte in Form des Wiederbeschaffungswertes, der Einzelveräußerungspreises oder der Ertragswertes angenommen.<sup>24</sup>

Bei der Bemessung von Rückstellungen findet man sogar im § 211 Abs. 1 UGB lediglich einen Schätzmaßstab. So besagt dieser, dass die Höhe nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung zu erfolgen hat, der Vorsichtsgrundsatz ist jedoch zu berücksichtigen. Pauschal- und Einzelwertberichtigungen zu Forderungen sind zwar Steuerrechtlich nicht anerkannt, bieten aber jedoch einen weitere Option in der Bilanzpolitik.

---

<sup>24</sup> Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon (2015).

Bilanzpolitik ist somit genauso Facettenreich wie ihre Beweggründe. Dies könne unterschiedlich sein, folgend werden exemplarisch einige genannt. Möchte man z.B. eine möglichst geringe steuerliche Belastung zum Jahresende erreichen, weist man einen möglichst niedrigen Gewinn aus. Ein großes Thema in der Bilanzpolitik ist Dividendenkontinuität. Unabhängig vom Jahresergebnis, werden Dividenden in einer konstanten Höhe je Aktie ausgeschüttet. Auch kann ein Konzern seiner Verpflichtung der Mindestdividende nachkommen müssen. Erreicht wird diese konstante Ausschüttung auf zweierlei Wegen. In ertragsschwachen Jahren werden stille oder offene Rücklagen aufgelöst. Gebildet werden diese zuvor einfach in ertragsstarken Jahren.<sup>25</sup>

Auch wird gerne bei umfangreichen Lohnforderungen seitens des Betriebsrates gerne an der Bilanzschraube gedreht da schlechte Bilanzergebnisse doch das beste Gegenargument sind. Auch im Kundengeschäft öffnet es so manches Hintertürchen. Immerhin lassen sich so Preiserhöhungen bei der Kundschaft besser kommunizieren. Aber auch der gegenteilige Effekt, also die Aufbesserung des Ergebnisses wird gerne genutzt. Kredite werden auf Grund der guten finanziellen Lage eines Unternehmens leicht und vor allem zu besseren Konditionen gewährt. Potentielle Geldgeber investieren ja bekanntlich eher in gut florierende Unternehmen. Aber auch die Imagepflege kann ein Beweggrund dafür sein, das Ergebnis mittels bilanzpolitischen Möglichkeiten ein wenig zu verschönern.

## 5.2 Bilanzanalyse

Unter der Bilanzanalyse versteht man sämtliche Tätigkeiten um die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens zu erhalten. Hierfür müssen die unterschiedlichsten Informationen gesammelt und bewertet werden. Primäre Informationsquellen sind der Jahresabschluss sowie der Lagebericht. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist ein weiterer wichtiger Bestandteil. Wichtig sind bei der Analyse auch die Informationen anderer, vergleichbarer Jahresabschlüsse. Unterschieden wird grundsätzlich zwischen internen und externen

---

<sup>25</sup> Vgl. Wöhe & Döring (2012), S. 894.



Bilanzanalyse sowie nach dem Analysezeitraum. Dieser kann statisch, also eine Periode betreffend, oder auch dynamisch, also über mehrere Perioden hinweg sein. Die Unterscheidung zwischen den Analysezielen der Ordnungsmäßigkeit sowie den wirtschaftliche Zielen wird heutzutage kaum mehr getroffen.<sup>26</sup>

Die unterschiedlichsten Adressaten haben Interesse an der Bilanzanalyse. So kann sie als Entscheidungsgrundlage für die Unternehmensführung dienen. Auch als Informationsquelle für Eigentümer bzw. als Grundlage für Kreditentscheidungen potenzieller Kapitalgeber. Die Bilanzanalyse kann auch schlicht als Instrument zur Imagegestaltung und –pflege betrachtet werden. Den Gläubigern gegenüber ist es meist sinnvoll, die Vermögens- und Ertragslage bestmöglich zu präsentieren da dies eine gute Bonität widerspiegelt. Gegenüber Kleinaktionären und dem Finanzamt kann es wiederum vorteilhafter sein, die Vermögens- und Ertragslage wiederum eher ins schlechtere Licht zu rücken um Dividenden- bzw. Steuerzahlungen, wie schon erwähnt, zu minimieren.<sup>27</sup>

In den vergangenen Jahren, hat sich ein Trend zu einem umfangreichen Business Reporting abgezeichnet. Dabei wird die ursprüngliche Rechnungslegung um die Lageberichtes-, die Risikoberichts- sowie die Segmentberichtserstattung erweitert. Auch wird der Umfang der freiwillig publizierten Berichte erweitert. Dazu gehört z. B. das Value Reporting welches dem Leser einen guten Einblick in das mögliche Erfolgspotenzial des Unternehmens bietet.<sup>28</sup>

Der Bilanzanalyse sind jedoch Grenzen gesetzt. Aufgrund der begrenzten Erkenntnisse die der Leser aus den Teilen des Jahresabschluss ziehen kann sowie ihrer Vergangenheitsorientierung, bleibt auch immer wieder ein wenig Raum für Spekulationen offen. Auch kann keine Prognose darüber getroffen werden, wie z.B. die Auftragslage für das kommende Geschäftsjahr ist oder ob der Markt sich gravierend verändert. Somit kann die Bilanzanalyse nur ein nützliches Instrument darstellen, wenn man ihre Grenzen kennt.

---

<sup>26</sup> Vgl. Peemöller (1993), S. 203.

<sup>27</sup> Vgl. Wöhe & Döring (2012), S. 894

<sup>28</sup> Vgl. Coenenberg, Haller & Schultze (2014), S. 1019.

### 5.3 Musterabschluss nach IFRS

Unterschiedliche, meist länderspezifische Vorschriften beeinflussen die Berichtserstattung. Der folgende Musterabschluss unterliegt den internationalen Rechnungslegungsstandards. Die unterschiedlichen Teile der IFRS beinhalten neben den eigenen Standards ebenso die International Accounting Standards (IAS), die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) sowie die Interpretation des ehemaligen Standing Interpretations Committee (SIC).

Die Darstellung von Abschlüssen sowie Inhalt und Struktur sind laut IFRS grundlegend vorgeschrieben. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapital, Kapitalflussrechnung sowie Anhang sind darin festgelegte Bestandteile. Die Rechnungslegungsmethode sollte den Unternehmen angepasst werden. Ansatz – bzw. Bewertungsvorschriften jedoch sind gesetzlich geregelt. Die Berichtserstattung durch den Vorstand wird, sofern die gesetzlichen Mindeststandard eingehalten werden, frei gestaltet. Empfehlenswert jedoch ist es, hierbei einen Gesamtüberblick über das Unternehmen, dessen Tätigkeiten sowie den wirtschaftlichen Einflüssen zu erstellen. Ertragsfaktoren, Investitionspolitik, Finanzierungsquellen und ein Überblick über die Vermögenslage runden den Bericht ab.

Der Konzernabschluss beinhaltet den Bestätigungsvermerk, die Konzernbilanz, eine Gesamtergebnis-, eine Kapitalveränderungs- sowie ein Kapitalflussrechnung. Im Anhang zu Abschluss sind folgende Bestandteile zu finden:

- ❖ Unternehmensvorstellung
- ❖ Grundlagen der Abschlusserstellung
- ❖ Rechnungslegungsmethoden
- ❖ Neue Standards und Interpretationen (noch nicht angewandte)
- ❖ Ermittlung beizulegender Zeitwert
- ❖ Geschäftsbereiche
- ❖ Veräußerungsgruppen

- ❖ Erwerb von Tochterunternehmen sowie nicht beherrschende Anteile
- ❖ Umsatzerlöse sowie sonstige Erträge
- ❖ Aufwendungen nach Aufwandsarten
- ❖ Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer
- ❖ Sonstige Aufwendungen
- ❖ Finanzierungsaufwendungen sowie Finanzerträge
- ❖ Sachanlagen
- ❖ Immaterielle Vermögenswerte
- ❖ Geschäfts- bzw. Firmenwert
- ❖ Immobilien die als Finanzinvestition dienen
- ❖ Finanzanlagen bilanziert nach der Equity- Methode
- ❖ Finanzielle Vermögenswerte
- ❖ Steuern
- ❖ Vorräte
- ❖ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- ❖ Sonstige Forderungen
- ❖ Zahlungsmittel Eigenkapital
- ❖ Ergebnis je Aktie
- ❖ Finanzielle Verbindlichkeiten
- ❖ Vergütungsvereinbarungen Anteilsbasierend
- ❖ Passive Abgrenzungsposten
- ❖ Sonstige Rückstellungen
- ❖ Verbindlichkeiten auf Lieferungen und Leistungen
- ❖ Sonstige Verbindlichkeiten
- ❖ Finanzinstrumente
- ❖ Leasingverhältnisse
- ❖ Zahlungsverpflichtungen zukünftig
- ❖ Konzernunternehmen
- ❖ Ereignisse nach Abschlussstichtag<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> Vgl. KPMG AG (2013), S. 37.

## 6 Praxisbeispiel Energie Steiermark AG

Im Zuge dieser Diplomarbeit wird eine Erläuterung der branchengängige Praxis der Berichterstattung, sowie eine kritische Stellungnahme dazu, anhand der Energie Steiermark durchgeführt.

### 6.1 Firmenstruktur und Beteiligungen

„Die Energie Steiermark AG wurde 1996 als Dachgesellschaft des Landes Steiermark für dessen Energieunternehmen Steweag, Steirische Fernwärme und Steirische Ferngas gegründet.

1998 beteiligten sich mit den französischen Unternehmen Electricite de France und Gaz de France internationale strategische Partner, die gemeinsam 25 Prozent (plus eine Aktie) besitzen. Die restlichen 75 Prozent (minus eine Aktie) hält weiterhin das Land Steiermark. Im Juni 2009 zog sich die Gaz de France aus der Energie Steiermark zurück und die Electricite de France übernahm den gesamten Minderheitsanteil an der Energie Steiermark.

Bereits nach der Gründung im Jahr 1996 wurde mit dem Aufbau eines Beteiligungsportfolios im In- und Ausland begonnen. Wichtige Akquisitionen, Beteiligungen und Partnerschaften wie STEG, Energie Graz, Pichler Werke, Feistritzwerke, Unsere Wasserkraft ließen die Kundenzahl im Geschäftsbereich Strom von 150.000 auf über 530.000 steigen.

Seit Abgabe der Stromproduktion im Jahr 2002 fokussiert sich die Energie Steiermark in allen Energiesparten auf das Kerngeschäft Netzbetrieb, Handel und Vertrieb.

Seit April 2012 ist mit DI Christian Purrer und DI Olaf Kieser ein neuer Vorstand an der Spitze des Unternehmens, der eine Neupositionierung der Energie Steiermark als 'Green Company' als wesentliches Ziel verfolgt. Der Energie

Steiermark-Konzern verfügt über 29 Betriebsstandorte in der Steiermark und eine Vertriebsgesellschaft in Wien.<sup>30</sup>

„Wichtige Konzernunternehmen und Träger der Hauptgeschäftsfelder sind:

- ❖ Energie Steiermark Kunden GmbH
- ❖ Energie Steiermark Technik GmbH
- ❖ Energie Steiermark Wärme GmbH
- ❖ Energienetze Steiermark GmbH

Zusätzlich hält die Energie Steiermark zahlreiche Minderheitsbeteiligungen an in- und ausländischen Unternehmen. Wichtige Inlandsbeteiligungen sind

- ❖ Energie Graz GmbH & Co.KG
- ❖ Feistritzwerke STEWEAG GmbH
- ❖ VERBUND Hydro Power AG

Die Energie Steiermark AG hält direkt und über ihre Tochtergesellschaften zahlreiche Beteiligungen im östlichen Mitteleuropa.<sup>31</sup>

## 6.2 Konzernbericht

Einleitend findet man den Lagebericht. Die Gesamtwirtschaftliche Entwicklung macht den Anfang. Gedämpfte Wachstumsdynamik, ein schwieriges energie-wirtschaftliches Umfeld und Änderungen im Emissionshandel. Gleich anfänglich finden allerlei Begründungen für das Jahresergebnis Platz. Darauf folgend werden die wichtigste Informationen, aufgegliedert in den einzelnen Kernunternehmen, aufgelistet. Dem Aufmerksamen Leser wird darin schon die eine oder andere Skurrilität auffallen. Als Beispiel hierfür lässt sich unter Punkt 6 MitarbeiterInnen das Personalmanagement hervorheben. So ist darin zu lesen, dass einer der zentralen Aufgaben darin bestünde, die Aufnahme und Förderung von MitarbeiterInnen zu forcieren. Liest man jedoch weiter, findet

---

<sup>30</sup> Energie Steiermark AG (2014).

<sup>31</sup> Energie Steiermark AG (2014).

man so manchen Widerspruch. „Zentrale Aufgabe des Personalmanagements war neben der Aufnahme und Förderung von neuen MitarbeiterInnen auch die weitere Umsetzung und Verfolgung wichtiger Projekte im Rahmen des Effizienzsteigerungs- und Kostensenkungsprogramms. Verbunden damit war eine Personalreduktion für den gesamten Konzern der Energie Steiermark AG, die durch die Umsetzung eines Vorpensionsmodells in den Jahren 2010 bis 2013 realisiert werden konnte.“<sup>32</sup>

Das umfangreiche Risikomanagement der Energie Steiermark AG findet ebenfalls seinen Platz. Schon auf den ersten Blick erkennt man, wie auch in der Abbildung 9 Risikomanagementprozess ersichtlich, dass dem Risikomanagement ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird.

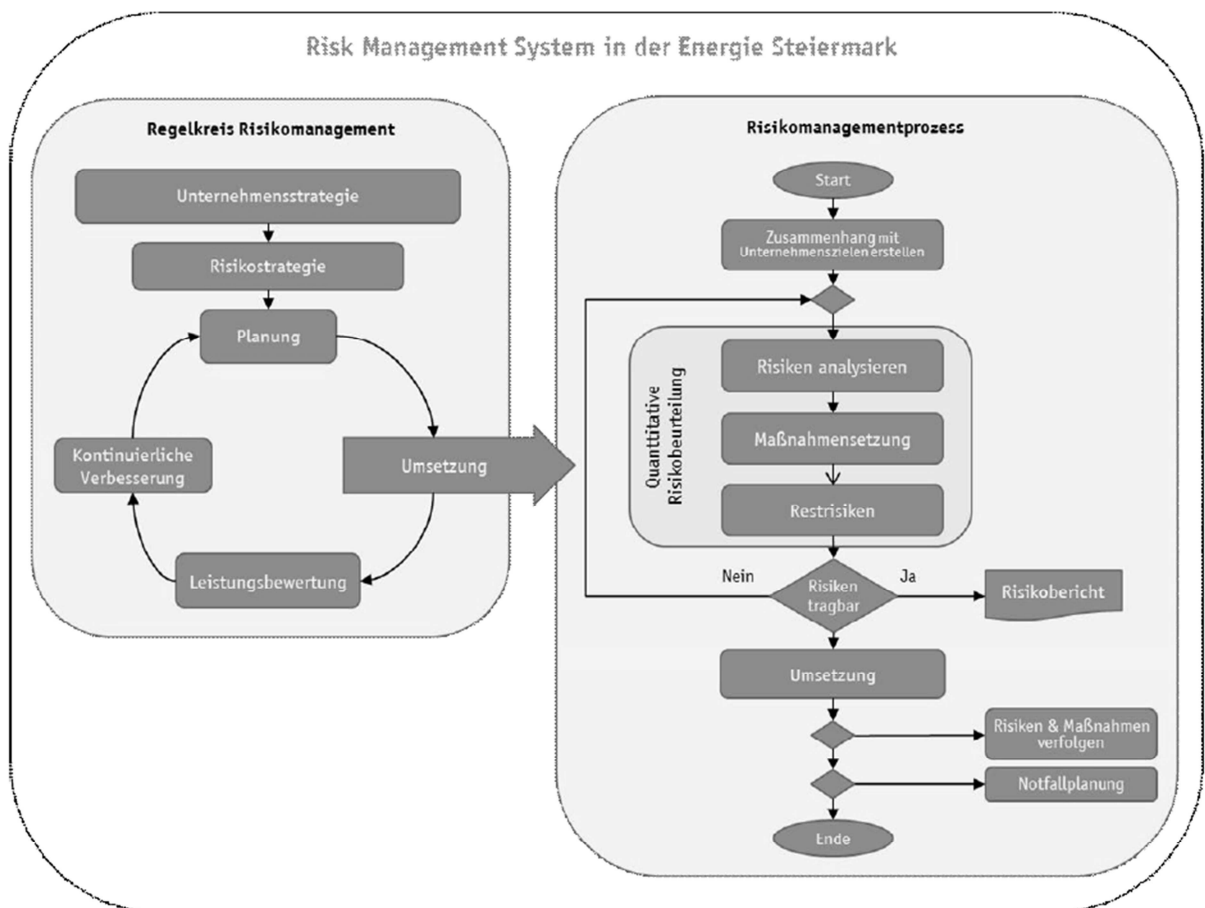


Abbildung 9 Risikomanagementprozess<sup>33</sup>

<sup>32</sup> Konzernbericht Energie Steiermark AG (2013), S. 17.

<sup>33</sup> Konzernbericht Energie Steiermark AG (2013), S. 21.

Im Vergleich zu anderen Unternehmen der Branche, ist das Risikomanagement, vor allem der Stellenwert im Konzernbericht sehr hoch und die Erörterung äußerst umfangreich.

Doch sei auch hier Vorsicht geboten. Selbst die besten Risikoanalysen beruhen auf objektiven Daten. Zwar werden je nach Verfahren und den zur Verfügung stehenden Instrumenten, Risiken relativ absehbar und somit beherrschbarer, jedoch beruhen alle Annahmen auf vergangenheitsbezogene Informationen welche man versucht in zukünftige Ereignisse zu transformieren. Schon bei der Begriffsdefinition stößt man somit schon an die Grenzen des Risikomanagements: „Kennzeichnung der Eventualität, dass mit einer (ggf. niedrigen, ggf. auch unbekannten) Wahrscheinlichkeit ein (ggf. hoher, ggf. in seinem Ausmaß unbekannter) Schaden bei einer (wirtschaftlichen) Entscheidung eintreten oder ein erwarteter Vorteil ausbleiben kann.“<sup>34</sup>

Ergänzt wird der Lagebericht um das Thema Forschung und Entwicklung, abgerundet wird mit einem Blick in die Zukunft.

### 6.3 Konzernabschluss

„Der Konzernabschluss der Energie Steiermark zum 31. Dezember 2013 wurde in Übereinstimmung mit dem vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen und zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) aufgestellt. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den Richtlinien der Europäischen Union zur Konzernrechnungslegung. Das heißt, es kommen nur jene Standards zur Anwendung, welche durch das sogenannte „Endorsement“ in gültiges EU-Recht übernommen wurden. Gemäß § 245a UGB hat dieser Konzernabschluss befreiende Wirkung.“<sup>35</sup>

Die Gewinn- und Verlustrechnung bildet den Anfang. Hier fällt dem Aufmerksamen Leser die retrospektive Anpassung der Vergleichsinformationen des Vorjahres auf welche im weiteren Verlauf auch immer wieder aufscheinen. Die-

---

<sup>34</sup> Gabler Wirtschaftslexikon (2015).

<sup>35</sup> Konzernbericht Energie Steiermark AG (2013), S. 11.

se ergeben sich aus der in Abbildung 10 Konzern Gewinn-und Verlustrechnung ersichtlichen Anpassung der Leistungen an Arbeitnehmer durch das IAS 19 welches Leistungen an den Arbeitnehmern definiert.

T€	2012 (wie zuvor berichtet)	Änderungen an IAS 19	2012 (angepasst)
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>98.755</b>	-	<b>98.755</b>
Sonstiges	33.334	-	33.334
Finanzaufwendungen	-28.301	10.214	-18.088
<b>Finanzergebnis</b>	<b>5.032</b>	<b>10.214</b>	<b>15.246</b>
Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-29.956	-	-29.956
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern</b>	<b>73.832</b>	<b>10.214</b>	<b>84.045</b>
Ertragsteuern	-21.266	-2.553	-23.819
<b>Konzernjahresergebnis</b>	<b>52.566</b>	<b>7.660</b>	<b>60.226</b>
<b>Davon entfallen auf:</b>			
Gesellschafter des Mutterunternehmens	50.115	5.430	55.546
nicht beherrschende Anteile	2.450	2.230	4.681
	<b>52.566</b>	<b>7.660</b>	<b>60.226</b>

Abbildung 10 Konzern Gewinn-und Verlustrechnung

Gefolgt wird die Gewinn- und Verlustrechnung von den sonstigen Gesamtergebnissen und der Eigenkapitalentwicklung. Die Konzernbilanz sowie die Geldflussrechnung runden die anfängliche Konzernzahlensammlung ab.

Im Anhang findet nun die Erläuterung der tabellarischen Darstellung statt. Nach einem kurzen Exkurs zu den allgemeinen Fakten des Konzerns sowie den Grundlagen der Erstellung, wird vorweg die Auswirkung der Änderungen der Rechnungslegungsmethode erläutert. Diese ergeben sich wie schon zuvor aus den Änderungen an IAS 19, also den Leistungen an Arbeitnehmern. „Diese enthält die Bilanzierungsvorschriften für Leistungen an Arbeitnehmer einschließlich kurzfristiger Leistungen (Lohn und Gehalt, vergüteter Urlaub), Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wie beispielsweise Pensionen, anderer langfristiger Leistungen (z.B. Sonderurlaub für langjährige Dienste) und Abfindungsleistungen. Mit dem Standard wird das Prinzip etabliert, dass die Kosten für die Zurverfügungstellung von Leistungen an Arbeitnehmer in der Periode zu erfassen sind, in denen die Leistungen von den Arbeitneh-



mern verdient werden, und nicht in den Perioden, in denen Zahlungen geleistet werden oder fällig sind. Außerdem wird dargestellt, wie jede Kategorie von Leistungen an Arbeitnehmer zu bewerten ist - einschließlich detaillierter Leitlinien insbesondere für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses.“<sup>36</sup>

Die Definition des Konsolidierungskreises sowie der dazugehörige Konsolidierungsmethode folgen. Bei den anschließenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird in die Immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen, die Wertminderungen von Vermögenswerten, Finanzinstrumente, in Vorräte, Forderungen, sonstige Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und abgegrenzte Schulden, latente Steuerabgrenzungen, Verwendungen von Schätzwerten, Ertragsrealisierungen sowie die Erläuterung der Regulierungssysteme für Strom- und Gasnetze gemäß § 50 EIWOG beziehungsweise § 71 GWG unterteilt. Weiter Punkte im Anhang stellen die Segmentinformationen, Erläuterungen zur Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung, zur Konzernbilanz beziehungsweise zu Konzern- Geldflussrechnung, die sonstigen Angaben, die Aufstellung der Konzernunternehmen sowie abschließend die Auflistung der Organe dar.

#### 6.4 Handelsrechtlicher Einzelabschluss

Anfänglich findet man die Bilanz zum 31. Dezember des Geschäftsjahres. Gefolgt wird diese von der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Anhang findet man die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die Erläuterungen zur Bilanz sowie die sonstigen Angaben welche die Auflistung der Organe bzw. Arbeitnehmer, die Erklärung zu den Angabe pflichtigen Geschäfte, die Unternehmensgrößen gemäß § 221 des UGB sowie die Konzernangaben und die Entgeltauflistung für den Abschlussprüfer enthält. Exemplarisch für den Inhalt der Erläuterungen, werden folgend die Rechnungsabgrenzungsposten erörtert. Sie bilden den Abschluss der Aktiva. Der erste Punkt in unserem Beispiel wird von den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, welche die Vorauszahlungen für Folgejahre beinhalten. Darauffolgend findet man den

---

<sup>36</sup> Deloitte Global Services Limited (2015).

Abgrenzungsposten der aktiven Steuerabgrenzung. Hierbei wurde auf die Aktivierung von latenten Steuern verzichtet. Hierbei bezieht man sich auf das Wahlrecht laut §198 Abs. 10 UGB. Was würde es aber nun bedeuten, wenn vom Aktivierungsrecht Gebrauch gemacht worden wäre?

Um dies beantworten zu können, muss man sich über die Wirkung bilanzpolitischer Maßnahmen im Klaren sein. Diese könne zwar eine bestimmte Zielerreichung positiv, ein andere jedoch negativ beeinflussen. Betrachtet man ein Geschäftsjahr, werden auch meist diesjährige, ergebniserhöhende Maßnahmen im drauffolgenden Geschäftsjahre ergebnisreduzierend wirken. Exemplarisch hierfür seien die Aktivierung im ersten, sowie die Verteilung eines Disagios im zweiten Geschäftsjahr erwähnt. Somit muss einem klar sein, dass die Ergebniswirkung bilanzpolitischer Effekte in der Regel sich auch nach bestimmter Zeit umkehren. So auch bei den latenten Steuern. Diese bilanzpolitische Maßnahme führt zu einer abweichenden Abbildung bezogen auf die Steuerbilanz.<sup>37</sup>

Was bedeutet jetzt dies für das Gedankenexperiment bezogen Wahlrecht bei der Aktivierung von latenten Steuern? Grundsätzlich beginnt die Problematik der Abgrenzung, wenn die handelsrechtliche von der steuerrechtlichen Bilanz abweicht. Entsteht nun ein steuerlicher Gewinn, resultiert eine Steuerschuld daraus. Unter Annahme einer fiktiven Steuerschuld, als Produkt eines durch diverse Bilanzierungsvorschriften beeinflussten handelsrechtlichen Gewinnes, resultieren latente Steuern daraus. Diese könne sowohl einen positiven wie auch einen negativen Betrag darstellen. Je nach dem werden sie zu einem aktiven oder passiven Steuerposten, welcher durch das Ansetzen eine periodenbezogene Verrechnung des Ertragsaufwands darstellt. Um den Rahmen dieser Diplomarbeit nicht zu sprengen, wird auf die Erörterung zur Ermittlung und Abgrenzung von latenten Steuern verzichtet.<sup>38</sup>

In unserem Falle handelt es sich um eine aktive Steuerabgrenzung in der Höhe von 21.377.590,29 Euro. Zurechenbar ist dieser Steueraufwand dem diesjährigen oder auch einem früheren Geschäftsjahre und resultiert aus der

---

<sup>37</sup> Vgl. Coenenberg, Haller & Schultze (2014), S. 1011ff.

<sup>38</sup> Vgl. Coenenberg, Haller & Schultze (2014), S. 474.

oben Erörterten Differenz zwischen handelsrechtlichem und steuerrechtlichem Ergebnis. Grundsätzlich wird sich diese Differenz in den nachfolgenden Geschäftsjahren ausgleichen wodurch das Wahlrecht zu Ausweisung läuft § 198 Absatz 10 des UGB entsteht. Davon wird hier allerdings nicht Gebrauch gemacht. Würde man dieses Ausweisungsrecht nutzen, müsste ein Abgrenzungsposten auf der Aktivseite der Bilanz gebildet werden, welcher gesondert anzuweisen wäre. Sobald jedoch die Steuerentlastung eintritt, muss dieser Betrag aufgelöst werden.

Einen weiteren Bestandteil des handelsrechtlichen Einzelabschlusses der Energie Steiermark AG bildet der Lagebericht des Geschäftsjahres. Anfänglich werden die Strukturierungsmaßnahmen erörtert. Dabei wird wiederum nicht mit wirkungsvollen Floskeln gespart welche strategiekonforme Weiterentwicklungen und planmäßige Rückläufe möglichst ins beste Licht rücken sollen. Darauf folgend findet man Kennzahlen des Geschäftsjahres. Das Betriebs- sowie das Finanzergebnis, der Bilanzgewinn, die Eigenkapitalquote, der EBITDA und der Return on Equity gehören dazu. Stellvertretend wird folgend der Return on Equity, kurz ROE, sprich die Eigenkapitalrentabilität erörtert. Besonders spannend ist diese, wenn man sich die Kennzahlen gemeinsam anschaut. Zuerst die Eigenkapitalrentabilität: „Sie stellt die Verzinsung des Kapitals dar, welches vom Eigentümer in Form von Eigenkapital eingebracht wurde.“<sup>39</sup>

Sie setzt sich im Falle der Energie Steiermark wie folgt zusammen:

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{unversteuertes Ergebnis}}{\text{durchschnittliche Eigenkapital}}$$

Setzt man diese Kennzahl als Mittel zum Unternehmensvergleich ein, ist jedoch Vorsicht geboten. Je nachdem wie die zu Vergleichenden Unternehmen die Eigenkapitalrentabilität ermittelt hat, kann diese zu einem unterschiedlichen Ergebnis führen. Beispielsweise könnte das Unternehmen A das unversteuerte Ergebnis herangezogen haben, das Unternehmen B jedoch das Ergebnis nach

---

<sup>39</sup> Vgl. Coenenberg, Haller & Schultze (2014), S. 1153.

Steuern. Somit wäre es wenig Sinnvoll, diese beiden Rentabilitätskennzahlen miteinander zu vergleichen. Will man also vergleichbare Werte, sollte grundsätzlich der Gewinn vor Steuern herangezogen werden das der Jahresüber-Jahresüberschuss hierfür eher weniger geeignet ist da er erst den Gewinn nach Steuern darstellt.<sup>40</sup>

Der Lagebericht wird beendet wie er eröffnet wird. Dem Leser wird eine kurze Vorschau auf die strategische Neuausrichtung des Konzerns gegeben, begleitet von den schon bekannten Signalwörtern im vorangegangenen schon mehrfach erwähnt wurden.

## 6.5 Die GuV enthüllt ein Millionengrab

Oft werden Kennzahlen studiert ohne diese zu hinterfragen. Exemplarisch wird im Folgenden das Ergebnis aus den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen unter die Lupe genommen. Assoziierte Unternehmen sind solche, auf die das Mutterunternehmen zwar keinen herrschenden, jedoch einen entscheidenden Einfluss ausübt.<sup>41</sup>

In der Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung findet man eine detaillierte Aufstellung des Konzernjahresergebnisses. Ausgehend von den Umsatzerlösen werden das operative Ergebnis, das Finanzergebnis sowie das Ergebnis vor Ertragsteuern abgebildet. Im Weiteren wird das Ergebnis vor Ertragssteuern genauer betrachtet. Gebildet wird diese aus der Summe operativen und des Finanzergebnis sowie dem Ergebnis aus den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen. Im Falle der Energie Steiermark AG, mindert letzteres das Ergebnis vor Steuern, wie in Abbildung 11 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ersichtlich.

---

<sup>40</sup> Vgl. Wöhe & Döring (2012), S. 916.

<sup>41</sup> Vgl. Gräfer, Schneider & Gerenkamp (2012), S. 116.

Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			T€
	2013	2012	
Erträge aus assoziierten Unternehmen	13.971	12.411	
Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen	-41.123	-33.127	
Wertminderungen auf Firmenwerte	-10.722	-9.240	
Summe	-37.874	-29.956	

Abbildung 11 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Bei genauerer Betrachtung der Erläuterung zu diesen Punkten fällt auf, dass die Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen die Erträge übersteigen. „In den Aufwendungen aus Beteiligungen an „at equity“ bewerteten Unternehmen sind überwiegend Aufwendungen aus der Konsolidierung des laufenden Ergebnisses der VERBUND Thermal Power GmbH & Co KG enthalten. Im laufenden Geschäftsjahr sind in diesem Posten zusätzlich die Effekte aus der Entkonsolidierung der VERBUND Thermal Power GmbH in Höhe von T 1.174 und der VERBUND Thermal Power GmbH & Co KG in Höhe von T 495.“<sup>42</sup>

Stellt sich nun die Frage wie ein solcher Verlust zustande kommen kann und ob dieser absehbar gewesen wäre. Hierfür muss man ein Wenig in die Vergangenheit blicken. Hauptursache für diese Verluste ist das Gas- und Dampfkraftwerk Mellach. Dieses soll nicht nur Strom erzeugen, sondern auch die Fernwärmeversorgung von Graz übernehmen. Geplant und Erbaut wurde dieses von der VERBUND AG. Schon im Jahre 2004 begann die Planung. Im Juli 2006 wurden nach einem positiven Umweltverträglichkeitsbescheid die Errichtungskosten auf 400 Mio. Euro geschätzt. Nach 16 monatiger Prüfung durch einen unabhängigen Umweltsenat, wurde zwar ebenfalls ein positiver Bescheid erteilt, doch wurden auch die Gesamtkosten auf 500 Mio. Euro erhöht. Als VERBUND AG den Vertrag mit dem Anlagenlieferanten unterschrieb, wurden die Kosten um 50 Mio. erhöht und der Betrieb am Jänner 2009 festgelegt. Mit dem Reaktorunglück von Fukushima im Jahre 2011 ändert sich jedoch dras-

<sup>42</sup> Konzernbericht Energie Steiermark AG (2013), S. 46.

tisch die energiewirtschaftliche Marktsituation. Deutschland beschließt den schrittweisen Ausstieg aus der Atomkraft, zeitgleich wird die Ökostromförderung gesteigert. Die fatalen Auswirkungen für das Kraftwerk Mellach waren damals noch nicht bekannt. Im Juli 2011 geht Mellach in Probebetrieb. Zeitgleich beginnt der Verfall des Strompreises. Das Fördermodell in Deutschland treibt den Strompreis in Europa in den Keller. Der wirtschaftliche Betrieb von Gaskraftwerke ist, letztendlich auch auf Grund der langfristigen, überteuerten Gaslieferverträge nicht mehr möglich. Somit ist auch eine geregelte Fernwärmeerzeugung für Graz nicht wirtschaftlich möglich. Im Jahre 2012 wird für Mellach eine Wertminderung von knapp 54 Mio. Euro vorgenommen, 2013 sogar im 270 Mio. Euro.<sup>43</sup>

Die Energie Steiermark war bis Ende des vergangenen Berichtsjahres an der VERBUND Thermal Power, dem eigentlichem Errichter und Betreiber, beteiligt. An der VERBUND Thermal Power GmbH & Co. KG zu 18,7 %, an der VERBUND Thermal Power GmbH zu 20 %. Somit hatte auch die Energie Steiermark bis zu diesem Jahr mit den daraus resultierenden finanziellen Belastungen zu kämpfen. VERBUND AG hat weiterhin mit hohen Defiziten zu rechnen wenn der aktuelle Strompreis auf diesem Niveau bleibt. Die vorübergehende Stilllegung des Gas- und Dampfkraftwerk Mellach wurde überlegt, jedoch ein Weiterbetrieb mittels Finanzielle Beteiligung seitens der Energie Steiermark angedacht um die Fernwärmeversorgung in Graz zu sichern. Derzeitig stehen die beiden Unternehmen vor Gericht gegenüber. Die Energie Steiermark hat eine einstweilige Verfügung erwirkt, die den Weiterbetrieb von Mellach vorschreibt, bzw. als Alternative den Betrieb des benachbarte Ölkraftwerk. Hier ist Ebenfalls die VERBUND AG Besitzer bzw. Betreiber.<sup>44</sup>

Abschließend kann festgestellt werden, dass dies wohl eines der Risiken ist und war, welche selbst bei genauestem Studium der Gewinn- und Verlustrechnung nur schwer einschätzbar war. Die Liberalisierung des Strommarktes hat ein Marktumfeld geschaffen welche immer neue Herausforderung bereithält. Der Verfall des Strompreises der Vergangenheit um bis zu 40 % war und ist schwer Prognostizierbar. Schlussendlich waren Energiewende und marktwirtschaftlich

---

<sup>43</sup> Vgl. solidbau (2014).

<sup>44</sup> Vgl. Pichl (2014), S.22.

fragwürdige Förderungsmodelle von Solar- und Windkraft der Antreiber dieses Verfalles.

## 6.6 Kritische Betrachtung

Geschäftsberichte werden nach bestimmten Regeln des öffentlichen Interesses erstellt, Firmenintern liegt meist die Wahrheit tief vergraben. Selbst das Vergleichen von Kennzahlen kann eine große Herausforderung darstellen. Zusätzlich lässt der Gesetzgeber, im Rahmen der Bewertung, genügend Spielräume um ein Unternehmen wenig besser dastehen zu lassen oder auch ein wenig schlechter. Die Motive hierfür sind auf den ersten Blick meist nicht sofort erkennbar, im Nachhinein meist jedoch sehr einleuchtend. Untermalt werden die Kennzahlen mit großen Worten, meist dankend und lobend an das Umfeld gerichtet. Getreu dem Unternehmensleitbildern wird der Fokus auf die sozialen Kompetenzen und die offenen Kommunikationskultur gerichtet, begleitet von wunderschönen Aufnahmen der technischen Meisterleistungen der Unternehmen. Mit beeindruckender verbaler Gewandtheit wird immer wieder betont, wie sich politische und wirtschaftliche Krisen auf der ganzen Welt negativ auf das vergangene Wirtschaftsjahr ausgewirkt haben. Dabei wird nicht mit Werbung in eigener Sache gespart. Grün, umweltfreundlich, innovativ, nachhaltig, ressourcenschonend, immer für ihr Kunden da und ökologisch. Die Liste dieser Schlagwörter lässt sich bis nahezu ins unendliche Fortsetzen, immer begleitet von Bildern wie man sie sonst nur aus Heimatfilmen kennt.

Selten findet man detaillierte Aufgaben und zukünftige Vorgehensweisen, ausgenommen natürlich den allgemein gültigen Zukunftsprognosen in feinsten Rhetorik. . Lediglich einige Unternehmen geben Auskunft über ihre geplanten Aktivitäten. Vielmehr wird immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Zusammenspiel aus steigenden Importpreisen von Gas und niedrigen Strompreis eine kostendeckende Stromerzeugung bei den meisten Primärenergieträgern nicht möglich macht. Der Preis für ein CO<sub>2</sub>- Zertifikat ist am Tiefststand. Der Preis für Braunkohle ebenso was auch der Grund dafür ist, wieso der aktuelle Strompreis

weit unter dem langjährigen Niveau bleibt.<sup>45</sup> Atomstromkatastrophen auf anderen Kontinenten, Fördermaßnahmen der Nachbarländer, die Staatsschuldenkrisen, Staatsschuldenkrise in Europa. Dies sind nur einige der offiziellen Argumente, wieso die Entwicklung des einen oder anderen Unternehmen teilweise weit unter den Erwartungen liegt. Von strategischen Fehlentscheidungen oder Fehleinschätzungen der energiewirtschaftlichen Entwicklung wird keiner sprechen.

## 7 Zusammenfassung

Die Berichtserstattung hat sich in den letzten Jahren verändert. Internationale Normen und standardisiertes Berichtswesen haben Einfluss auf Umfang und Inhalt genommen. Diente vor Jahren der Jahresabschluss als reine Ansammlung von Unternehmenszahlen, ist dies heutzutage zwar noch immer Hauptbestandteil, wird aber von einem Paket zur medialen Selbstdarstellung begleitet. Lobende Worte wohin man schaut. Untermalt werden sie meist von gut gewählten Signalwörtern, die dem Leser das Gefühl vermitteln, es handle sich um ein nachhaltiges, ökologisch einwandfreies, personalfreundliches, umweltschonendes Unternehmen, das lediglich sekundäres Interesse hat, Gewinn zu machen oder gar den Verpflichtungen der Dividendenpolitik nachzukommen. Je umfangreicher desto schwieriger wird es auch jene Kennzahlen zu finden, die einem wirklich Aufschluss über die Lage des Unternehmens geben. Auch spielt das Thema Bilanzpolitik eine große Rolle. Ausgehend von all den legalen Möglichkeiten auf Grund von z.B. Ansatz- oder Aktivierungswahlrechten, bis hin zu Windowdressing<sup>46</sup>. Immer wieder gibt es die Möglichkeiten, die Kennzahlen der Berichtserstattung in die gewünschte Richtung zu verändern.

Dem Leser eines Jahresabschlusses muss also klar sein, dass es sich lohnt, zwischen den Zeilen, besser gesagt zwischen den Zahlen zu lesen. Der gesetzliche Rahmen alleine genügt schon, ein Unternehmen ein wenig besser

---

<sup>45</sup> Vgl. Maschler (2013), S. 27.

<sup>46</sup> Unter Windowdressing versteht man alle Maßnahmen, die getroffen werden, um kurz vor dem Bilanzstichtag, diese kurzfristig ein wenig besser darzustellen. Meistens befinden sich diese Maßnahmen aber im Bereich der Illegalität.



darstellen zu lassen. Auch kann bei genauem Lesen eine strategisch Fehlentscheidung und ihre finanziellen Folgen erkannt werden. Wie auch im angeführten Praxisbeispiel, wo der Bau des Kraftwerkes in Mellach und die resultierenden Kosten aus dieser fragwürdigen Entscheidung schwarz auf weiß in der Gewinn- und Verlustrechnung festgehalten sind.

Somit sei beim Lesen sowie vor allem bei der Jahresabschlussanalyse immer ein kritischer Blick angebracht. Allein das Herausfiltern des aussagekräftigen Inhaltes aus den unzähligen Seiten voll Selbstdarstellung und verbalen Schulterklopfens, kann zur Herausforderung werden. Zusätzlich kann die eine oder andere Kennzahl eine andere Wahrheit in Sich verbergen. Auch muss einem klar sein, dass trotz weitreichender Standards das Vergleichen der Unternehmen nicht immer einfach ist. Eine umfassende Aufbereitung der Daten ist somit für eine strukturierte Unternehmensanalyse unumgänglich.

## Literaturverzeichnis

- Bertl, R. (2015). *www.lindverlag.at*. Abgerufen am 03. 15 2015 von <http://www.lindeverlag.at/titel-56-56/bilanzpolitik-5212/titel/leseprobe/9783707322194.pdf>
- Coenenberg, A., Haller, A., & Schultze, W. (2014). *Jahresabschwuchluss und Jahresabschlussanalyse* (Bde. 23., überarbeitete Auflage). Stuttgart: Schöffer-Poeschel Verlag.
- Deloitte Global Services Limited. (24. 02 2015). *IAS Plus*. Abgerufen am 24. 02 2015 von Deloitte: <http://www.iasplus.com/de/standards/ias/ias19>
- Energie -Control, A. (2014). <http://www.e-control.at>. Abgerufen am 24. Juli 2014 von [http://www.ergeg.org/portal/page/portal/ECONTROL\\_HOME/INTERN/ADMINISTRATION/DATEIEN/PRAESENTATIONEN/UNBUNDLING2003/06KARALL\\_20031016.PDF](http://www.ergeg.org/portal/page/portal/ECONTROL_HOME/INTERN/ADMINISTRATION/DATEIEN/PRAESENTATIONEN/UNBUNDLING2003/06KARALL_20031016.PDF)
- Energie Steiermark AG. (2014). *www.e-steiermark.com*. Abgerufen am 14. Juli 2014 von <https://www.e-steiermark.com/konzern/unternehmen/geschaeftsfelder/Geschichte.aspx>
- Europäische, U. (13. 08 2009). Richtlinie 2009/72/ EG des Euroäischen Parlaments und des Rates . *Amtsblatt L211/55*. Europäische Union.
- Flosdorff, R., & Hilgarth, G. (2008). *Elektrische Energieverteilung*. Wiesbaden: Vieweg + Teubner | GWV Fachverlag GmbH.
- Frick, W. (2007). *Bilanzierung nach dem Unternehmensgesetzbuch*. Heidelberg: Redline Wirtschaft GmbH.
- Gabler Wirtschaftslexikon*. (2015). Abgerufen am 07. 04 2015 von Die ganze Welt der Wirtschaft: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de>
- Gräfer, H., Schneider, G., & Gerenkamp, T. (2012). *Bilanzanalyse* (Bde. 12, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage). Herne: NWB Verlag GmbH & Co KG.
- Konzernbericht Energie Steiermark AG. (2013). Graz.
- KPMG AG. (Januar 2013). IFRS. *Muster-Konzernabschluss*.
- Lachnit, L. (2004). *Bilanzanalyse* (1 Ausg.). Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler/GWV Fachverlage GmbH.
- Maschler, G. (April 2013). Energieaktie-Stiefkinder der Börse. *Österreichs Energie*, S. 63.
- Nowotny, C. (2013). Aufstellung des Jahresabschlusses, Vollständigkeitserklärung und Bestätigungsvermerk. *RWZ Recht & Rechnungswesen*, 44.

- Österreichischer Arbeitskreis für Corporate Governance. (2012). Österreichischer Corporate Governance Kodex. Wien: Büro des Beauftragten für Kapitalmarktentwicklung und Corporate Governance.
- Österreichs Energie. (2013). ElWOG. *Das Elektrizitätswirtschafts- und organisationsgesetz 2010 und das E-Control-Gesetz i.d.F. 2013*. Österreichs E-Wirtschaft.
- Peemöller, V. (2003). *Bilanzanalyse und Bilanzpolitik* (Bd. 3. Auflage). Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH.
- Pichl, G. (11. September 2014). Gericht vereitelt Aus für Kraftwerk. *Kleine Zeitung*.
- Ritz, C., Grabner, R., & Doralt, W. (2014). *KODEX Steuergesetze; 55. Auflage*. Wien: Linde Verlag Wien Ges.m.b.H.
- solidbau*. (2014). Abgerufen am 10. September 2014 von Wirtschaft und Technik am Bau:  
[http://www.solidbau.at/home/artikel/Alle\\_Eckdaten\\_zum\\_Millionengrab/Kraftwerk\\_Mellach\\_Der\\_temporaere\\_Milliardenfehler/aid/23608?analytics\\_from=thema\\_single](http://www.solidbau.at/home/artikel/Alle_Eckdaten_zum_Millionengrab/Kraftwerk_Mellach_Der_temporaere_Milliardenfehler/aid/23608?analytics_from=thema_single)
- Weingartner, G. (2002). Artikel 82 EGV und die österreichische Elektrizitätswirtschaft. 211 Seiten. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.
- Wöhe, G., & Döring, U. (2012). *Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre* (24., überarbeitete und aktualisierte Ausg.). München: Franz Vahlen.

## **Erklärung zur selbstständigen Anfertigung**

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe

Graz, 20.04.2014

---